Konrad Adenauer Stiftung

DIE CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

GRUNDÜBERZEUGUNGEN, GESCHICHTE, ORGANISATION

HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG
BAND 1

J. Christian Koecke | Michael Sieben

3., ÜBERARBEITETE UND ERWEITERTE AUFLAGE

ISBN 978-3-95721-012-8

ClimatePartner°
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1312-1008

MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C011558
FSC www.fsc.org

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

3., überarbeitete und erweiterte Auflage
© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Umschlagfoto: www.bilder.cdu.de
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-012-8

INHALT

5 | VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

7 | VORWORT ZUR ERSTEN UND ZWEITEN AUFLAGE

10| DIE GRUNDLAGEN DER UNION

1. *Christliches Menschenbild* *10*
2. *Grundwerte* *13*
3. *Subsidiarität und Christliche Sozialethik* *17*
4. *Politische Bedeutung des christlichen Menschenbildes und der Grundwerte* *18*

22| DIE GESCHICHTE DER UNION

1. *Zur Geschichte der CDU* *22*
2. *Zeittafel* *31*

39| DIE ORGANISATION DER UNION

1. *Organisationsstufen* *39*
2. *Die Organe der Bundespartei* *40*
3. *Die Vereinigungen und Sonderorganisationen* *42*

46| ANHANG

Aus der Rede Konrad Adenauers vom 24. März 1946 ..... *46*
Kölner Leitsätze vom Juni 1945 ..... *48*
Gründungsaufruf Berlin vom Juni 1945 ..... *52*
Titelblätter von Programmen der Union *54*
CDU-Plakat zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Juni 1946 ..... *59*
Wahlplakate zu den Bundestagswahlen 1949-2013 ..... *60*
Bundespräsidenten *70*
Bundeskanzler der CDU *70*
Bundestagspräsidenten der CDU/CSU *70*
Parteivorsitzende der CDU *71*
Generalsekretäre der CDU *71*
Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag *71*

72| LITERATUR ZUR CDU

Grundsatzprogramme der CDU *72*
Zur Programmatik der CDU *72*
Zur Geschichte der CDU *73*
Portale und Quellen im Internet *76*

77| DIE AUTOREN

78| PUBLIKATIONSREIHE
„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG"

VORWORT ZUR DRITTEN AUFLAGE

„Die Volkspartei ist tot – es lebe die Volkspartei!" – So könnte man das Wahlergebnis vom 22. September 2013 aus Sicht der CDU zusammenfassen. Nach Jahren voller anregender Debatten über Chancen und Herausforderungen der Volksparteien kann die CDU 41,5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen und verfehlt damit knapp die absolute Mehrheit. Allein dieser bemerkenswerte Erfolg wäre schon Grund, unsere bewährte Handreichung zur Christlich-Demokratischen Union neu aufzulegen.

Aber zwei Dinge sind uns noch wichtiger: Einmal sind in der Regierungszeit der CDU/FDP-Koalition seit 2009 entscheidende politische Weichenstellungen vorgenommen und Entscheidungen gefällt worden, die in der Zeit davor noch nicht vorstellbar waren. Sie sind in den meisten Fällen der politischen Großwetterlage oder gesellschaftlichen Veränderungen geschuldet. Stichworte sind hier exemplarisch die Euro-Rettungspolitik, die Aussetzung der Wehrpflicht und vor allem die Energiewende.

Die Entscheidungen mussten teilweise schnell und in einer unübersichtlichen Situation gefällt werden. Umso wichtiger ist es, noch einmal Grundüberzeugungen und Geschichte der CDU vor Augen zu führen, um die aktuelle politische Entscheidung in die *longue durée* der christdemokratischen Überzeugungen einordnen zu können.

Wir würden uns freuen, wenn diese Broschüre der Ausgangspunkt zu einer weiterführenden Diskussion über die Zukunft der Christdemokratie werden würde.

Wesseling, im Januar 2014

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin Politische Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

VORWORT ZUR ERSTEN UND ZWEITEN AUFLAGE

Der Verfassungsgeber der Bundesrepublik Deutschland hat mit Artikel 21 die wegweisende Entscheidung getroffen, den Parteien eine Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes einzuräumen. Damit hat er die Konsequenz aus den schmerzlichen historischen Erfahrungen des Demokratiedefizites in der deutschen Bevölkerung und der NS-Diktatur gezogen.

Politische Willensbildung in einer parlamentarischen Demokratie zu organisieren kommt einem Spagat gleich. Auf der einen Seite ist die direkte Mitwirkung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger erwünscht – auf der anderen Seite muss das Verfahren geordnet und repräsentativ in eine legitimierte politische Entscheidung münden. Und es gibt noch ein weiteres Spannungsfeld. Auf der einen Seite ist nach der Einparteienherrschaft der Nationalsozialisten und der Kommunisten der politische Parteienpluralismus der Ausweis einer lebendigen Demokratie – auf der anderen Seite muss aus dem Pluralismus eine handlungsfähige Regierung hervorgehen, die sich auf eine repräsentative Mehrheit stützt. Schließlich sind der Opposition grundlegende Betätigungsrechte und politische Freiräume zu sichern.

Wer außer den Parteien könnte diese Aufgaben zum Wohle aller leisten? Parteien haben eine unverzichtbare Rolle für das Funktionieren der Demokratie. Sie sind verfassungsrechtlich ausdrücklich der Gesellschaft und nicht dem Staat zugeordnet. Sie sollen sich im „Volk" bewegen, dort verankert sein und die Brücke zwischen der Bürgergesellschaft und den staatlichen Institutionen bilden. Parteien repräsentieren den Wählerwillen. Sie übernehmen die Auswahlfunktion des politischen Personals, ohne die kein Amt und kein Gremium auf der Europäischen, der Bundes-, der Landes- oder der kommunalen Ebene kompetent besetzt werden könnten. Parteien nehmen die unterschiedlichen politischen Forderungen auf, die es in der Gesellschaft gibt und bündeln die Interessen ihrer Mitglieder und Wähler. Damit gelingt es,

Mehrheiten zu organisieren, Kompromisse einzugehen und für die Stabilität und politische Handlungsfähigkeit zu sorgen, die der Weimarer Republik gefehlt hat.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist *die* prägende politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellte bis heute, sechzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, über vierzig Jahre lang den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin. Sie hat wesentliche Weichenstellungen konzeptionell entwickelt und politisch umgesetzt: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Europäische Einigung, Wiedervereinigung Deutschlands! Diese Fakten sind Grund genug, sich näher mit dieser Partei zu befassen. Was sind ihre geistigen Grundlagen? Wie lauten ihre programmatischen Ziele? Wie ist sie organisiert? Welches sind ihre wichtigsten historischen Wegmarken? Welches sind ihre Entwicklungsperspektiven?

Die CDU gehört zu dem Typus Volkspartei, durch den es historisch einmalig und erfolgreich gelungen ist, so unterschiedliche Strömungen wie den Konservatismus, den Liberalismus und die Christlich-soziale Bewegung sowie die zwei großen christlichen Konfessionen des Katholizismus und Protestantismus zu integrieren. In der Präambel des neuen Grundsatzprogramms von 2007 bezeichnet sich die CDU als „Volkspartei der Mitte". Damit ist in aller Kürze zusammengefasst, worin das Besondere dieses eigentlich Neuen in der Politik der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg besteht. Damit ist aber auch schon angedeutet, was an Herausforderungen auf eine politische Partei zukommt, die in ungewöhnlich erfolgreicher Weise die im 19. Jahrhundert entstandene christlich-demokratische Idee zu einer modernen Politik umgeschmolzen hat.

Die CDU ist zu einer Volkspartei geworden, weil sie die ideologische und konfessionelle Spaltung der bürgerlichen Parteienlandschaft der Weimarer Republik überwunden und die Mitte aus liberalem, christlich-sozialen und konservativem Gedankengut gefunden hat. Die Mitte ist dabei nicht ein bloßer Kompromiss oder das Mittelmaß, sondern ein Ergebnis der gelungenen Operation, aus Gegensätzen und Extremen ein besseres Ganzes zu machen, ohne dabei die Herkunftsorte der verschiedenen Strömungen in der Partei zum Verschwinden zu bringen.

So selbstbewusst der Blick der CDU zurück sein kann, so viel Stoff für Fragen mit Blick auf die Zukunft gibt es: Trägt das Konzept der Volkspartei, wenn sich die Parteienlandschaft weiter ausdifferenziert? Was ist die Mitte, wenn alle in die Mitte drängen? Was bedeutet Volkspartei heute, wo sich Mitwirkung nicht nur über Mitgliedschaft definiert? Wie kann eine Partei dem Bedürfnis des Wählers nach Geschlossenheit nachkommen und gleichzeitig liberal, christlich-sozial und konservativ sein wollen? Wie viel Engagement kann eine Partei für die Zukunft vom Bürger erwarten, wenn offenkundig klassische Partizipationsformen (z.B. die Arbeit im Ortsverband) immer weniger wahrgenommen werden?

Mit diesem Reader leistet die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung einen weiteren Beitrag zu ihrer Aufgabe, die Bürger über Politisches zu informieren, in der Politik zu orientieren und für die politische Mitwirkung zu aktivieren. Dies ist keine erschöpfende wissenschaftliche Abhandlung über die Christlich-Demokratische Union. Mit dem Reader wollen wir politisch interessierte Bürger in zusammengefasster Form über die geistigen Grundlagen, die Geschichte und die Organisation der Christlich-Demokratischen Union informieren und einen Kompass an die Hand zu geben, mit dem man sich in der politischen Diskussion zurechtfinden kann – um an ihr teilzunehmen.

Dr. Melanie Piepenschneider
Leiterin der Politischen Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung

<< zurück zum Inhaltsverzeichnis

DIE GRUNDLAGEN DER CDU

1. CHRISTLICHES MENSCHENBILD

Aus dem Grundsatzprogramm 2007:

Das christliche Menschenbild gibt uns die ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Dennoch wissen wir, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. (Ziffer 2)

Das christliche Menschenbild ist Dreh- und Angelpunkt der christlich-demokratischen Idee und der Politik der Union. Es bestimmt vor dem Hintergrund der Schöpfung und der Beziehung des Menschen zu Gott das Verhältnis von Person und Gemeinschaft und von der Gemeinschaft zum Staat.

Die erste und grundlegende Voraussetzung des christlichen Verständnisses vom Menschen ist: Der Mensch ist kein zufälliges und belangloses naturgeschichtliches Ereignis, sondern *der Mensch ist von Gott geschaffen*. Im christlichen Verständnis vom Menschen ist er Ebenbild Gottes. Das bedeutet politisch, dass es für den Staat gegenüber dem mit unantastbarer Würde ausgestatteten Menschen Grenzen der Machbarkeit gibt. Im totalitären Staat dagegen bedeutet der Mensch nichts und das Ganze alles, und es gibt keinen Kernbereich des Menschlichen, an den der Staat nicht rühren darf.

Der Mensch ist aber von Gott im Unterschied zum Rest der Schöpfung als *Person* geschaffen worden. Dies bedeutet, dass er *Vernunft* hat und zur *Freiheit* befähigt ist. Daraus leitet sich der Auftrag von Bewahrung und Gestaltung der Schöpfung sowie des gesellschaftlichen Miteinanders ab. Der Mensch steht in der schöpferischen Spannung von *Freiheit und Verantwortung.* Er ist zur Freiheit berufen, ist befähigt und beauftragt, die Welt zu gestalten, seine Freiheit endet aber bei der Freiheit des anderen, d.h. da, wo die Freiheit des anderen und das Gemeinwohl geschädigt wird. In der Freiheit ist der Mensch den anderen Menschen und der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich.

Aus diesen Voraussetzungen lassen sich vier Elemente des christlichen Menschenbildes ableiten:

Unveräußerliche Würde des Menschen

Aus der Geschaffenheit von Gott und der Einzigartigkeit als Person kommt dem Menschen eine unveräußerliche Würde zu. Diese Würde kann ihm nicht vom Staat, der Gesellschaft oder einzelnen Menschen entzogen werden. Würde kommt dem Menschen immer und in jedem Fall zu.

Der Mensch besitzt diese unveräußerliche Würde in jeder seiner Lebensphasen: von der vorgeburtlichen bis zum Lebensende.

Aus dem Grundsatzprogramm 2007:

Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Die Würde aller Menschen ist gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Behinderung, Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Misserfolg und vom Urteil anderer. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen. Die Würde des Menschen – auch des ungeborenen und des sterbenden – ist unantastbar. (Ziffer 5)

Aus dem Gedanken der unveräußerlichen Würde des Menschen sind die Menschenrechte abgeleitet, deren Schutz die Unantastbarkeit der Menschenwürde garantiert. Im Grundgesetz wird die Würde des Menschen in den Grundrechten (Art. 1-19) geschützt.

Gleichwertigkeit

Aus dieser Feststellung der Würde eines Jeden ergibt sich die Gleichwertigkeit aller Menschen. Die Würde keines Menschen ist einem anderen über- oder untergeordnet. Im christlichen Menschenbild soll der Mensch im Menschen *nur* seines Gleichen sehen, nicht ein „höheres" Wesen, aber auch *stets* seines Gleichen, nicht eine niedrigere Kreatur.

Es ist daher aus dem christlichen Menschenbild heraus völlig inakzeptabel, zwischen „wertem" und „unwertem Leben" zu unterscheiden.

Verschiedenartigkeit

Die Menschen sind gleichwertig, aber keiner ist dem anderen gleich. Im christlichen Verständnis vom Menschen wird der Mensch durch seine Personalität und Individualität geprägt. Aus der Anerkennung dieser Verschiedenartigkeit folgt der Auftrag an den Staat, Pluralität zu ermöglichen.

Der Staat des Grundgesetzes setzt sich zum Ziel, eine offene und plurale Gesellschaft zu gestalten und widersetzt sich allen Versuchen, die Verschiedenartigkeit zu beseitigen, wie es die totalitäre Gesellschaft will.

Unvollkommenheit

Da der Mensch vernunftbegabt und frei ist, ist er auch unvollkommen: Er kann irren und schuldig werden. Nur wenn keinem Menschen Vollkommenheitsansprüche zugebilligt werden, kann für alle Würde und Freiheit gesichert bleiben.

Dies bedeutet im Umgang mit anderen Menschen, dass man weder von ihnen Übermenschliches erwarten kann, noch den Stab über sie brechen darf, wenn sie schuldig geworden sind. Die Politik kann und soll nicht den perfekten Menschen voraussetzen oder heranzubilden versuchen.

Das christliche Menschenbild und die mit ihm verbundene Politik sind unideologisch, unfanatisch und untotalitär. Menschen sind verschieden, Menschen können irren, aber Menschen besitzen jeder für sich eine unantastbare Würde. Die am christlichen Menschenbild ausgerichtete Politik ist realistisch und human, sie wahrt Maß und Mitte und vermeidet die Extreme. Sie ist „nahe am Menschen" und „mitten im Leben", weil sie weder zuviel noch zuwenig vom Menschen verlangt und ideologischen Verheißungen gegenüber skeptisch ist.

2. GRUNDWERTE

Das christliche Menschenbild ist Grundlage der Grundwerte, die christlich-demokratische Politik bestimmen. Sie lassen sich aus der Grundkonstellation von Geschaffensein und Auftrag ableiten.

> *Aus dem Grundsatzprogramm 2007:*
>
> Sie [die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit] erfordern, begrenzen und ergänzen einander und sind gleichrangig. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist unsere Aufgabe und Kern der politischen Auseinandersetzung. (Ziffer 10)

Freiheit

Nach dem christlichen Bild vom Menschen ist der Mensch als *Person* geschaffen. Er ist weder Rädchen im Getriebe eines Kollektivs wie z.B. im Sozialismus noch bindungsloses, ganz auf sich selbst gestelltes Individuum wie im klassischen Liberalismus.

> *Aus dem Grundsatzprogramm 2007*:
>
> Der Mensch ist frei geschaffen. Als sittliches Wesen soll er vernünftig und verantwortlich entscheiden und handeln. […] Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Wer Freiheit für sich fordert, muss die Freiheit seines Mitmenschen anerkennen. Freiheit umfasst Rechte und Pflichten. Sie ist immer Freiheit in Verantwortung. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen. (Ziffer 11)

Das bedeutet, positiv ausgedrückt, dass er einerseits ein freies, selbstverantwortliches und zum moralischen Handeln befähigtes Wesen ist, andererseits in natürlichen gesellschaftlichen Bindungen und Beziehungen steht (Ehe, Familie, Staat, Gesellschaft).

Daraus entsteht die typische Wechselseitigkeit christlich-demokratischen Denkens: Die Freiheit verleiht *Rechte*, die Bindungen legen *Pflichten* auf, beides gehört untrennbar zusammen. Freiheit findet die Grenze in der Freiheit des Mitmenschen. Freiheit besteht nicht ohne *Verantwortung* für sich und andere. Freiheit ist zunächst einmal Freiheit von gesellschaftlicher und staatlicher Bevormundung, kann sich aber nicht entfalten, wenn sie nicht staatlich geschützt wird. Freiheit bedeutet unternehmerische Freiheit und Leistungswillen, braucht aber nur durch die Gesellschaft zu sichernde *soziale Gerechtigkeit*, um überhaupt ausgeübt werden zu können.

Aus dem Grundsatzprogramm 2007:

Recht sichert Freiheit, indem es die personale Würde des Menschen schützt. Es regelt das geordnete und friedliche Zusammenleben der Menschen. (Ziffer 13)

Solidarität

Freiheit ist eng mit dem Begriff der Subsidiarität verbunden (s.u.), Verantwortung mit dem der Solidarität.

Aus dem Grundsatzprogramm 2007:

Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur des Menschen. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Solidarität muss vor allem den Menschen gelten, die noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht sich selbst die Grundlagen eines freien Lebens schaffen können. (Ziffer 18)

Christliche Demokraten denken in gewachsenen personalen Beziehungen der Menschen untereinander. Menschen stehen nicht erst einmal ganz für sich und gehen dann gesellschaftliche Arrangements auf Zeit ein wie im Liberalismus und bekommen auch nicht ihren Platz von der Gesellschaft zugeteilt wie im totalitären Staat, sondern sind aufeinander angewiesen und füreinander bestimmt. Menschen haben eine soziale Natur.

Aus diesem Miteinander folgt, dass der Einzelne für die Gemeinschaft und die Gemeinschaft für den einzelnen verantwortlich ist. Die Gemeinschaft

kann nicht bestehen, wenn nicht der Einzelne, so gut er kann, sich für sie einsetzt, mit ihr solidarisch ist; der Einzelne kann nicht bestehen, wenn nicht die Gemeinschaft für ihn solidarisch eintritt, vor allem, wenn er noch nicht, zur Zeit nicht oder dauerhaft nicht in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen.

Hier gilt es, die Mitte zu wahren: Weder ist der Einzelne verpflichtet, sich für die Gemeinschaft aufzugeben, noch soll die Gemeinschaft in vorauseilender Fürsorglichkeit die Aufgaben übernehmen, die der Einzelne oder die kleinere Gemeinschaft selbst bewältigen könnte.

Angewandt bedeutet Solidarität, dass im Sozialstaat die Gemeinschaft für den Einzelnen eintritt, wenn er sich nicht selbst versorgen kann, er aber auch die Pflicht hat, erst alles zu versuchen, um sich zu helfen. Weiter besteht die Pflicht zur Solidarität der reichen Staaten mit den armen und der heutigen Generation mit der künftigen.

Gerechtigkeit

Aus dem christlichen Menschenbild folgt, dass alle Menschen *gleichwertig* (mit gleicher Würde), aber *verschieden* geschaffen sind.

Aus dem Grundsatzprogramm 2007:

Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde. Gerechtigkeit wahrt diese Würde und Freiheit. Gerechtigkeit verlangt, Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln. Im Rechtsstaat heißt Gerechtigkeit, gleiches Recht für alle. (Ziffer 23)

Aus der gleichen Würde ist abgeleitet, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, d.h. Kriterien wie Alter, Geschlecht, Rasse etc. für die Rechtsprechung und die Anwendung des Rechts keine Rolle spielen.

Aus der Verschiedenheit der Menschen aber folgt, dass es ungerecht wäre, sie alle gleich zu behandeln: Wer z.B. schwächer und weniger leistungsfähig ist als andere, dem können nicht im gleichen Maße Beiträge zum Gemeinwohl abverlangt werden wie den Leistungsfähigen. Dennoch verlangt die Anwendung von Gerechtigkeit Kriterien. Die CDU gibt dazu als generellen Hinweis die auf Aristoteles zurückgehende Leit-

linie, „Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln", d.h. z.B. gleiche Leistungen auch gleich zu entlohnen oder gleich Bedürftige auch mit gleichen Sozialleistungen auszustatten.

Konkreter spricht sich die CDU für die *Chancengerechtigkeit* aus:

> *Aus dem Grundsatzprogramm 2007*:
>
> Gerechte Chancen zu schaffen, ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Jeder soll die gleiche Möglichkeit haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. […] Dafür bietet die Chancengesellschaft die Voraussetzungen und Möglichkeiten. […] Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. (Ziffer 24)

Chancengerechtigkeit kann man nun auf zweierlei Weise verstehen: in einer passiven und einer aktiven Weise. Der liberalistische Ansatz ist, lediglich formale Hemmnisse zur Entfaltung der eigenen Fähigkeiten z.B. im Bildungsgang zu beseitigen. In der im neuen Grundsatzprogramm erstmal so genannten „Chancengesellschaft" aber werden „Lebenschancen möglichst gerecht verteilt" (Ziffer 24), d.h. es wird aktiv, z.B. durch Sozialpolitik dafür gesorgt, dass gleiche Startchancen entstehen.

Wegen der Verschiedenheit der Menschen und ihren unterschiedlichen Fähigkeiten wird dies aber zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Es wäre nicht mit dem Leistungsgedanken und der Leitlinie „Ungleiches ungleich" zu vereinbaren und daher ungerecht, wenn darüber hinaus gleiche Ergebnisse eingefordert würden. Neben den Chancen und der Leistung muss eine gerechte Politik auch die Bedürftigkeit in den Blick nehmen, also die Menschen, die auch bei der Einräumung gleicher Chancen zu geringer oder gar keiner Leistung in der Lage sind:

> *Aus dem Grundsatzprogramm 2007*:
>
> Auch wenn wir uns mit äußerster Anstrengung für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einsetzen, wissen wir, dass absolute Gerechtigkeit nicht erreichbar ist. Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Niemand darf verloren gehen, keiner darf vergessen werden. (Ziffer 25)

3. SUBSIDIARITÄT UND CHRISTLICHE SOZIALETHIK

Die *Evangelische Sozialethik* und die *Katholische* Soziallehre entwickelten sich im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die gesellschaftlichen Umbrüche der Industrialisierung. Zuvor war die Ethik allein damit befasst, welche Einstellungen und Handlungen des *einzelnen* Menschen gut sind (Individualethik) oder welcher *Staat* als gut gelten darf (Politische Ethik). Mit der Veränderung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens war eine Ethik des gesellschaftlichen Miteinanders in der Industriegesellschaft nötig.

In beiden Konfessionen lautet die Grundfrage: „Was ist die gute Gesellschaft?" Die evangelische Sozialethik stützt sich dabei auf die Arbeit von Theologen wie Adolf v. Harnack und Ernst Troeltsch, die katholische Soziallehre ist maßgeblich bestimmt durch die Auslegung der Tradition (Aristoteles, Thomas v. Aquin), naturrechtliche Theorien und vor allem Enzykliken der Päpste (z.B. *Rerum Novarum,* Papst Leo XIII 1891 oder *Quadragesimo Anno*, Papst Pius XI. 1931).

Wesentlicher Kern christlicher Sozialethik ist der Gedanke der Subsidiarität.

> *Aus dem Grundsatzprogramm 2007*:
>
> Freiheit ermöglicht und braucht die eigenverantwortliche Lebensgestaltung. Deshalb ist das gesellschaftliche Leben nach dem Prinzip der Subsidiarität zu ordnen: Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen besser oder ebenso gut leisten kann, soll seine Aufgabe bleiben. Staat und Kommunen sollen Aufgaben nur übernehmen, wenn sie von den einzelnen Bürgern oder jeweils kleineren Gemeinschaften nicht erfüllt werden können. Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch zwischen kleineren und größeren Gemeinschaften sowie zwischen freien Verbänden und staatlichen Einrichtungen. (Ziffer 14)

Der Begriff „Subsidiarität" leitet sich aus s*ubsidium* = „Reserve, Ersatz" ab. Damit ist der Grundgedanke der Subsidiarität schon angedeutet: Die kleineren Einheiten der Gesellschaft (Einzelperson, Familie etc.) sollen die eigentlichen Akteure des gesellschaftlichen Lebens sein, sie sollen in Eigenverantwortung ihr Leben gestalten können. Staat und übergeord-

nete gesellschaftliche Einheiten stehen demgegenüber zunächst nur „in der Reserve", d.h., sie treten erst auf den Plan, wenn die kleinere Einheit zu einem selbstverantwortlichen Leben nicht in der Lage ist. Der Staat hat gegenüber den kleineren Einheiten also nur eine Hilfs- und Dienstfunktion.

Das Subsidiaritätsprinzip hat damit zwei Komponenten: „privat vor Staat" und „klein vor groß".

Die klassische Formulierung des Subsidiaritätsprinzips findet sich in der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* Pius' XI. von 1931. Diese Enzyklika ist, wie der Titel sagt, vierzig Jahre nach der epochemachenden ersten Sozialenzyklika *Rerum Novarum* von Papst Leo XIII. (1891) erschienen und nimmt darauf Bezug. *Rerum Novarum* setzt sich mit den Gefahren für die Freiheit der Person in der Industriegesellschaft, *Quadragesimo Anno* mit den Gefährdungen durch totalitäre Staatsdiktaturen auseinander.

In der Enzyklika von 1931 heißt es: *„* [...] *Wie dasjenige, was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen* [...] *werden darf, so verstößt es gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten [...] können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen."*

4. POLITISCHE BEDEUTUNG DES CHRISTLICHEN MENSCHENBILDES UND DER GRUNDWERTE

Das christliche Menschenbild ist der Schlüssel zu den Grundwerten der Christlich-Demokratischen Union, es ist aber vor allem der Schlüsselbegriff für die konkrete Gestaltung der christlich-demokratischen Politik.

Konkrete Gestaltung von Politik ist allerdings alles andere als eine einfache Umsetzung vom Modell in die Wirklichkeit. Zum einen kann die programmatische Vorlage selbst unterschiedlich ausgedeutet werden, zum anderen fließen in politische Entscheidungen zwangsläufig Erwägungen ein, die mit der Leitvorstellung selbst nichts zu tun haben, z.B. im Regierungsalltag von Koalitionen.

Wegen der Universalität und Grundsätzlichkeit des christlichen Menschenbildes gibt es per se keinen Politikbereich, in dem es nicht Bewandtnis hat. Die Grundwerte der Union formulieren nur das im christlichen Menschenbild Angelegte näher aus. Die Grundwerte und das christliche Menschenbild bilden ein Beziehungsgeflecht, in das die wesentlichen politischen Fragen der heutigen Zeit einzuordnen sind. Sie tun dies natürlich nur in einer orientierenden Hinsicht, d.h. es gibt immer Interpretationsspielraum, nicht nur zwischen den Anhängern unterschiedlicher politischer Richtungen, sondern auch zwischen denjenigen, die sich den christlich-demokratischen Grundwerten verbunden fühlen.

Drei Beispiele sollen das verdeutlichen:

1. Die *Wirtschafts- und Sozialpolitik* steht auf eine besonders deutliche Weise im Spannungsfeld der Werte Freiheit (u. Verantwortung), Subsidiarität, Solidarität und Gerechtigkeit.

Ansatz der Union ist es, von der Freiheit und der Subsidiarität des Einzelnen bzw. der kleineren Einheit her zu denken und erst bei deren Versagen Solidarität, z.B. im Rahmen staatlicher Maßnahmen walten zu lassen. Sozialpolitik ist daher nicht universale gesellschaftliche Regulierung, sondern komplementäre Maßnahme. Vor allem das linke Spektrum unserer Parteienlandschaft denkt umgekehrt: Dort wird staatliche Regelung und Fürsorge zum Ausgangspunkt politischer Überlegungen.

Von der Freiheit her zu denken, heißt aber nicht, sie ausschließlich zu machen. Wenn Freiheit missbraucht wird, zu Lasten anderer geht, d.h. die Freiheit anderer einschränkt und wenn sie unverantwortlich wird, muss sie in Regeln gebunden werden. In der Sozialen Marktwirtschaft hat der Unternehmer eine zentrale Rolle, die wirtschaftliche Rahmenordnung sorgt aber dafür, dass diese Rolle gemeinwohlorientiert gestaltet wird. Aber auch der Arbeitnehmer soll sein Leben selbstverantwortlich führen können, was er als arbeitsloser Transferempfänger weniger kann. Das Ziel der Vollbeschäftigung hat daher nicht eigentlich einen materiellen Hintergrund (finanzielle Entlastung des Haushalts), sondern will Selbstverantwortlichkeit, also Freiheit ermöglichen.

2. In der *Familienpolitik* finden sich ähnliche Fragen wieder: Für die Union bedeutet das Primat der Freiheit und der Subsidiarität, dass die Familie das „Fundament unserer Gesellschaft" ist (Grundsatzprogramm 2008,

Ziffer 68). In der Familie sollen die wichtigen Entscheidungen des Lebens getroffen werden, die Fragen von Erwerb, Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder.

Es gibt aber Lebenssituationen, in denen der Staat Familien mit dieser Entscheidungsfreiheit nicht alleine lassen kann, weil ihnen die Fähigkeit oder die Möglichkeit, diese Freiheit wahrzunehmen, fehlt. Die Solidarität des Staates ist dann gefordert. Transferleistungen und Betreuungsangebote sind solche Solidarleistungen.

Wie allerdings schon in der Sozialpolitik, beginnt bei dieser grundsätzlich unstrittigen Sichtweise die politische, auch die innerparteiliche Debatte: Was ist noch dringend gebotene und was ist schon bevormundende Solidarität? Wie weit soll die staatliche Vorleistung gehen, von der aus ein subsidiäres, eigenverantwortliches Handeln überhaupt erst möglich ist?

3. In der *Bioethik* rückt der Begriff der Menschenwürde in den Vordergrund. Durch die Geschaffenheit des Menschen, die Einmaligkeit der Person und den Auftrag, die Welt zu gestalten, ist jeder Mensch in allen Lebensphasen mit „unantastbarer" Würde ausgestattet.

Für den großen Mittelbereich des Lebens ist dies unstrittig, um Anfang und Ende des Lebens aber, um das ungeborene und das zu Ende gehende Leben, dreht sich die bioethische Kontroverse.

Was bedeutet Würde oder Würdelosigkeit im Prozess des Sterbens? Befürworter der Euthanasie führen diesen Begriff gerne im Munde, aber verstößt es nicht noch mehr gegen die Menschenwürde, wenn Töten möglich, also die Zustimmung dazu von Sterbenden auch erwartet oder gar gefordert werden kann?

Die Universalität und Absolutheit der Menschenwürde macht ihren Geltungsbereich unbezifferbar: Sie kann nicht vom Tag X des Lebens an gelten, sondern setzt unmittelbar mit der Entstehung neuen Lebens ein. Deswegen setzt sich die Union für die Beibehaltung des konsequenten Embryonenschutzes und gegen die verbrauchende Embryonenforschung ein.

Etliche Anwendungsfelder ließen sich anfügen: In der Europapolitik denkt man von den Mitgliedstaaten oder deren föderalen Körperschaften her

subsidiär, Brüssel hat die Tendenz, den Gedanken der Solidarität zu priorisieren. In der Entwicklungspolitik herrscht prima vista das Element der Solidarität vor, doch muss es das Ziel sein, die geringer entwickelten Staaten instand zu setzen, selbst ihre wirtschaftliche und politische Situation zu meistern, also subsidiär zur Eigenverantwortung zu befähigen.

<< zurück zum Inhaltsverzeichnis

DIE GESCHICHTE DER UNION

1. ZUR GESCHICHTE DER CDU

Christliche Demokraten gegen Hitler

Die Gründung der CDU wurde von Männern und Frauen aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus angestoßen. Sie einte das Bewusstsein, dass die überkommenen konfessionellen, politischen und sozialen Gegensätze angesichts der Katastrophe des nationalsozialistischen Terrors und des sich abzeichnenden Untergangs überwunden werden mussten.

Viele der Gründer der CDU kamen aus den Gestapogefängnissen und Konzentrationslagern. Andreas Hermes, der erste Reichsvorsitzende der Neugründung, war wegen der Beteiligung am Attentat des 20. Juli 1944 im Januar 1945 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt worden. Am 25. April 1945 wurde er in der Todeszelle in Plötzensee befreit, wo er auf seine Hinrichtung gewartet hatte. Schon am 26. Juni unterzeichnete er den Gründungsaufruf für die neue Partei.

Ähnlich wie er sahen auch andere Persönlichkeiten des Widerstandes, so die Mitglieder des Kreisauer Kreises wie Eugen Gerstenmaier oder der von den Nationalsozialisten abgesetzte Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer im Rheinland, die Überwindung der totalitären Herrschaft unter christlichen Vorzeichen als Gründungsgedanke der CDU.

Gründungsphase

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes entstanden überall in Deutschland politische Gruppierungen, die eine interkonfessionelle Volkspartei anstrebten. In *Köln* fiel im Juni 1945 mit dem Aufruf für die Gründer einer Christlich-Demokratischen Partei (CDP) zugleich eine Vorentscheidung gegen die Wiedergründung der katholischen Deutschen Zentrumspartei (s.u. *Kölner Leitsätze*). Am 26.06.1945 veröffentlichte in *Berlin* ein Gründerkreis mit Andreas Hermes an der Spitze einen Aufruf zur Sammlung christlich, demokratischer und sozialer Kräfte (s.u. Anlage).

Die CDU als Volkspartei

Die neue Partei nannte sich zur Abgrenzung von herkömmlichen Parteien *Union.* Die Grundsätze christlichen Staats- und Gesellschaftsverständnisses gaben ihr nach der Katastrophe des Nationalsozialismus eine geistig-moralische Orientierung für den Neuanfang. Drei Leitideen kennzeichnen die Neugründung:

- der Brückenschlag zwischen katholischen und evangelischen Christen,
- die Integration unterschiedlicher sozialer Schichten,
- das Bekenntnis zur föderalen Struktur des Staates und die Verwurzelung in allen Teilen Deutschlands mit den landsmannschaftlich und föderal geprägten Unterschieden.

Damit war eine Volkspartei geboren, die sich die Erneuerung Deutschlands auf fester Wertgrundlage zum Ziel gesetzt hat.

Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und DDR

Die Berliner CDU-Gründer Andreas Hermes und Jakob Kaiser beanspruchten zunächst sowohl eine zentrale Bedeutung für ganz Deutschland wie eine eigenständige Rolle in der SBZ, wurden aber von der sowjetischen Besatzungsmacht abgesetzt. Die bis Ende 1947 eigenständige und erfolgreiche Partei in der SBZ (über 200.000 Mitglieder) wurde bis 1952 zu einer „einschränkungslos-sozialistischen Partei" der DDR und zu einer Blockpartei transformiert. Tausende von Parteimitgliedern verschwanden in den Jahren nach 1945 in sowjetischen Lagern.

Die CDU als gestaltende Kraft des Aufbaus

Bis zu dem bundesweiten Zusammenschluss der CDU auf dem Goslarer Parteitag im Oktober 1950 hatten sich Wahlerfolge in den Kommunen und Ländern und die Durchsetzungskraft im Frankfurter Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat zu einem knappen Sieg bei der Bundestagswahl 1949 verdichtet.

Eine wichtige Weichenstellung wurde schon im Parlamentarischen Rat vorgenommen, zu dessen Präsident Konrad Adenauer gewählt wurde. Das im Parlamentarischen Rat von September 1948 bis Mai 1949 erarbeitete Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland spiegelt wesentliche Überzeugungen der CDU wider, z.B. den christlichen Wertebezug, wie er in der Präambel niedergelegt ist: *„Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk…dieses Grundgesetz gegeben."*

Die Entwicklung der CDU bis 1969 ist geprägt von der Rolle als dominierende Kanzlerpartei. In der Adenauer-Ära, unter dem Vorsitz Adenauers (1950-1966) sowie unter den Bundeskanzlern Ludwig Erhard (1963-1966) und Kurt Georg Kiesinger (1966-1969) erreichte die Union glänzende Wahlerfolge. Bei keiner Wahl seit 1953 kam sie auf weniger als 45 % der Stimmen, 1957 erreichte sie zum einzigen Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit 50,2 % auch die absolute Wählermehrheit.

Die zentralen programmatischen Leitbilder, die in erfolgreiche Regierungspolitik umgesetzt wurden, waren:

- die Soziale Marktwirtschaft als Basis für Wiederaufbau, Wohlstand und soziale Absicherung,
- die Westintegration als wertgebundene Außen- und Sicherheitspolitik sowie
- das Selbstverständnis als Europapartei und als Partei der Deutschen Einheit.

Die Oppositionsphase: Von der Honoratioren- zur Mitgliederpartei

Nach der Phase der großen Koalition 1966-1969 kam es 1969 zur Bildung einer Koalition aus SPD und FDP. Die Union fand sich erstmals in der für sie ungewohnten Oppositionsrolle wieder. Nach heftigen Auseinandersetzungen um die Brandtsche Ostpolitik und dem gescheiterten Misstrauensvotum verlor die Union die Bundestagswahl 1972. Erstmals wurde die SPD stärkste Bundestagsfraktion. Die Zeit des Parteivorsitzenden Rainer Barzel, der sich 1971 noch gegen Helmut Kohl durchgesetzt hatte, ging zu Ende.

1973 wurde Helmut Kohl zum Vorsitzenden gewählt. Unter seiner Führung öffnete sich die CDU von der Honoratioren- zur Mitglieder- und Programmpartei. In wenigen Jahren verdreifachte sich die Mitgliederzahl auf 750.000.

Auf dem Parteitag in Ludwigshafen wurde 1978 das erste Grundsatzprogramm beschlossen. Es umschrieb das christliche Selbstverständnis, die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft und die europa- und deutschlandpolitische Zielsetzung angesichts veränderter Rahmenbedingungen.

Die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Union wurde in den Bundestagswahlen von 1976-1987 mit Ergebnissen von über 45 % und in den Landtagswahlen bestätigt.

Die Regierung Kohl

Am 1. Oktober 1982 wurde Helmut Kohl in einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt zum Bundeskanzler gewählt. In vorgezogenen Bundestagswahlen wird die Regierung Kohl am 6. März 1983 mit dem zweitbesten Wahlergebnis ihrer Geschichte bestätigt.

Zum politischen Programm der Regierungsjahre 1982-1989 gehörten

- die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft durch eine Rückkehr zur Ordnungspolitik (z.B. durch Abbau der Staatsverschuldung und die Stabilisierung und Verbesserung der Sozialversicherungssysteme),
- die europäische Einigung (z.B. Wegbereitung der Euro-Einführung) und die Stabilisierung der NATO (z.B. durch NATO-Doppelbeschluss),
- die Stärkung der Familie (z.B. durch Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub),
- der verbesserte Schutz der Umwelt (z.B. durch Einführung des Katalysators und des bleifreien Benzins sowie der Gründung des Bundesumweltministeriums).

Die Deutsche Einheit

Der zeitlich unmittelbar darauf erfolgende Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die friedliche Revolution in der DDR gaben Kohl die staatsmännisch genutzte Chance, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen. Er nutzte gleichzeitig die Möglichkeit, eine demokratische und um bürgerrechtliche Strömungen erweiterte CDU in der DDR zu legitimieren.

Die CDU in der DDR war nach der Entmachtung von Andreas Hermes und Jakob Kaiser vierzig Jahre lang „Blockpartei" und damit mit dem SED-Staat verstrickt. Unter maßgeblichem Einfluss von Helmut Kohl entstand vor der ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 die „Allianz für Deutschland", bestehend aus der aus dem „Zentralen Demokratischen Block" ausgetretenen Ost-CDU unter ihrem Vorsitzenden Lothar de Maizière und den von Bürgerrechtlern der DDR gegründeten Gruppierungen „Demokratischer Aufbruch" (mit Angela Merkel) und „Deutsche Soziale Union". Damit war sichergestellt, dass der Einfluss der Bürgerrechtler möglichst groß war; sie fanden denn auch in der Folgezeit verstärkt in der CDU eine politische Heimat.

Helmut Kohls Wahlkampfeinsatz war ein wesentlicher Grund dafür, dass die „Allianz für Deutschland" bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 mit 48,15 % der Stimmen einen überwältigenden Wahlsieg errang, wobei die CDU allein 40,82 % erreichte. Am 1. Oktober 1990 traten die fünf ostdeutschen Landesverbände auf dem Hamburger Parteitag der CDU Deutschlands bei.

Die Neunziger Jahre

Die durch den Fall der Mauer, die Einheit Deutschlands und die Auflösung des Ostblocks tiefgreifend veränderte politische Situation erforderte die Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms. Dieses wurde im Februar 1994 mit dem Titel *Freiheit in Verantwortung* verabschiedet.

Die Regierungspolitik bis zur Bundestagswahl im Oktober 1994 hatte drei Schwerpunkte:

- der Aufbau Ost und die innere Einheit Deutschlands (z.B. durch den Solidarpakt 1993),
- die neue internationale Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands (z.B. durch Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan) und schließlich
- die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union (Vertrag von Maastricht 1992, Heranführung von Polen, Ungarn und anderen mittelosteuropäischen Staaten an die EU).

Union und Koalition siegten nochmals bei der Bundestagswahl 1994 (CDU und CSU 41,5 %). Zu den anstehenden Aufgaben gehörten die Durchsetzung der einheitlichen europäischen Währung Euro und die Einstellung Deutschlands auf die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen. Der Umbau des Sozialstaates und die Anstrengungen im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft (Steuerreform) stießen auf die Blockade durch die Opposition im Bundesrat. Die Umstrukturierung und beginnende Privatisierung im Bereich der Post und Telekommunikation wurde von der Union maßgeblich vorangetrieben. Die Union schuf die Voraussetzungen, damit später Wettbewerb in diesen Feldern möglich wurde.

Opposition

1998 ging Helmut Kohl nochmals als Spitzenkandidat in die Bundestagswahl. Diese ging verloren (CDU und CSU 35,1 %). Helmut Kohl übernahm die Verantwortung für das Wahlergebnis und trat als Parteivorsitzender zurück. Wolfgang Schäuble wurde 1998 zum Nachfolger gewählt. In eine Krise stürzte die CDU 1999 durch die so genannte „Parteispendenaffäre". Wolfgang Schäuble trat 2000 zurück. Ihm folgte seine bisherige Generalsekretärin Angela Merkel als Parteivorsitzende.

Die Bundestagswahl 2002 ging in Folge einer populistischen Kampagne der Regierung Schröder während der Irak-Krise knapp verloren.

Die Regierung Merkel und die Große Koalition

Am 18. September 2005 kam es nach dem politischen Scheitern der rot-grünen Regierungskoalition zu vorgezogenen Bundestagswahlen, die aufgrund ihres knappen Ausgangs zur Bildung einer Großen Koalition führten. Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel mit den Stimmen von CDU, CSU und SPD zur Bundeskanzlerin gewählt.

Schwerpunkte der Kanzlerschaft Angela Merkels waren in der Außenpolitik die Fortschreibung des Europäischen Einigungsprozesses, die Klimaschutzpolitik und die Wiederherstellung der Transatlantischen Partnerschaft.

Die stärkere Betonung der Menschenrechtspolitik gegenüber China und Russland setzte neue Akzente gegenüber der Vorgängerregierung.

In einer Reihe multilateraler Kooperationen wurde ein neues Verständnis des Sicherheitsbegriffs erkennbar. Das Engagement in Afghanistan mit zivilen und militärischen Komponenten bildete einen Beitrag Deutschlands zur Stabilisierung der Region. Deutschland beteiligte sich weltweit in mehreren Projekten an internationalen Projekten der Friedenssicherung innerhalb der UN, NATO- und EU-Strukturen.

Die Führung der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 und die Führung der G8 Gruppe (ebenfalls 2007) durch Angela Merkel werden als Beiträge zur Stärkung des Ansehens Deutschlands in der Welt angesehen.

In der Innenpolitik waren die Soziale Marktwirtschaft mit der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die Föderalismusreform, der Bürokratieabbau, die Integrationspolitik mit der Islamkonferenz, die Familienpolitik mit den Punkten Elterngeld und Krippengesetz sowie die Gesundheitsreform die Schwerpunkte des Regierungshandelns.

Um auf die Fragen und Herausforderungen des neuen Jahrtausends Antworten zu geben, verabschiedete die CDU nach intensiver innerparteilicher Diskussion auf dem Parteitag von Hannover im Jahr 2007 ein neues Grundsatzprogramm. Unter dem Titel: „Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland" wurden die Positionen der CDU fortgeschrieben. Inhaltliche Eckpunkte dieses Grundsatzprogramms bilden die Stärkung von Ehe und Familie, eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Begriffe Nation, Leitkultur und der vernetzte Sicherheitsbegriff.

In den Jahren 2008 und 2009 war die Bekämpfung der Finanzmarktkrise der maßgebliche Schwerpunkt der Innenpolitik der Großen Koalition.

Zweite Regierung Merkel

Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der FDP wurde Angela Merkel am 28. Oktober 2009 erneut zur Bundeskanzlerin gewählt.

Die neue Regierung gab ihren Vorhaben in dem Koalitionstext „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt" Ausdruck. Eckpfeiler des Vertrages sind die Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Unterstützung des Mittelstandes und ein Programm zur Schaffung nachhaltigen Wachstums mit Maßnahmen zur Steuerreform und Haushaltskonsolidierung.

Das Handeln der CDU/FDP-Regierung wurde aber im Folgenden erheblich von der sich verschärfenden Staatsverschuldungskrise im Euroraum beansprucht. Sie bestimmte weitgehend die Agenda der Politik und zwang die Regierung dazu, möglichst in Zusammenarbeit mit der Opposition, tunlichst unter Mitnahme der parteiinternen Kritiker, eine Reihe von grundlegenden Gesetzesmaßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone und zur Unterstützung verschuldeter Eurostaaten auf den Weg zu bringen. Begriffe wie „Euro-Rettungsschirm", „Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus" (EFSM), „Europäischer Stabilitätsmechanismus" (ESM), „Europäischer Fiskalpakt" und viele diesbezügliche Kürzel bestimmten den politischen Alltag in Berlin und Brüssel. Erst im späteren Rückblick wird man bewerten können, was es bedeutet, dass sich das öffentliche Interesse immer mehr auf die Brüsseler Gipfelnächte als auf die Beschlüsse im Deutschen Bundestag richtete.

Dennoch ist bemerkenswert, welch nachhaltige Weichenstellungen die Union in der Legislaturperiode 2009 – 2013 durchgeführt hat.

Als hervorstechendstes Beispiel dafür ist die Energiewende zu nennen. Mit ihr reagierte die Bundesregierung auf den Schock der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011. Im Herbst davor – unter dem Eindruck zunehmender Kritik am „Atomkonsens" der rot-grünen Regierung Schröder von 2000 – waren noch Laufzeitverlängerungen für die deutschen AKWs von der Regierung beschlossen worden, die der Bundestag im Oktober mehrheitlich billigte und die beim Karlsruher Parteitag der CDU nachträglich bekräftigt wurden. Doch nach Fukushima war eine solche Politik nicht mehr vermittelbar. Im März 2011 beschloss die Regierung ein dreimonatiges Atommoratorium, fasste im Juni den Kabinettsbeschluss zu einem abgestimmten Atomausstieg, was

der Deutsche Bundestag noch im gleichen Monat mit dem Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes annahm. Gleichzeitig wurde eine ehrgeizige Agenda zur nachhaltigen Entwicklung erneuerbarer Energien beschlossen.

Eine weitere Anpassung der CDU-Politik an veränderte gesellschaftliche Bedingungen stellt die Aussetzung der Wehrpflicht dar. Programmatisch wurde dies durch den Parteitagsbeschluss zur Zukunft der Bundeswehr auf dem Karlsruher Parteitag im November 2010 vorbereitet. Die dort festgehaltene Überzeugung, dass „eine sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht nicht mehr gegeben ist", wurde durch den Kabinettsbeschluss vom Dezember desselben Jahres politisch angestoßen und durch Bundestag und Bundesrat im Frühjahr 2011 gebilligt, so dass die Wehrpflicht seit 1. Juli 2011 de facto nicht mehr besteht. Zum Ausgleich des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes hat sich die Bundesregierung stark beim Aufbau von Freiwilligendiensten engagiert.

Die politische Begleitung gesellschaftlicher Veränderungen wurde so zum Markenzeichen der zweiten Regierung Merkel. Exemplarisch dafür können noch genannt werden: die auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe 2010 sehr offen und nachdenklich geführte Debatte um die Präimplantationsdiagnostik, die im Juli 2011 zu einer partiellen Erlaubnis dieser Maßnahme durch den Bundestag in streng geregelten Ausnahmefällen führte; die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur steuerlichen Behandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften erforderliche Gesetzesänderung zur steuerrechtlichen Gleichstellung mit der Ehe und die nachhaltige familienpolitische Debatte zur frühkindlichen Betreuung mit einem eindeutigen Bekenntnis zur Wahlfreiheit der Eltern bei gleichzeitiger starker finanzieller Unterstützung des Ausbaus von Kindertagesstätten.

Bei der Bundestagswahl 2013 konnte die CDU/CSU 41,5 Prozent der Wählerstimmen für sich gewinnen und stellt nun 311 Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

Bei Redaktionsschluss waren die Verhandlungen zur Bildung einer Großen Koalition mit den Sozialdemokraten abgeschlossen und der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten" veröffentlicht.

2. ZEITTAFEL

1945:

- *17. Juni:*
  Veröffentlichung der Kölner Leitsätze
- *26. Juni:*
  Gründungsaufruf der CDU in Berlin
- *22. Juli:*
  Gründungsversammlung der CDU in Berlin
  (1. Vorsitzender: Andreas Hermes)
- *14.-16. Dezember:*
  Einigung auf den gemeinsamen Namen Christlich-Demokratische Union Deutschlands

1946

- *5. Februar:*
  Der Parteitag der CDU-Rheinland wählt Konrad Adenauer zum Landesvorsitzenden.
- *16.-17. Juni:*
  1. Parteitag der CDU in der SBZ in Berlin unter dem Motto „Sozialismus aus christlicher Verantwortung"

1948

- *21. Juni:*
  Währungsreform und Einführung der D-Mark
- *28.-29. August:*
  Ludwig Erhard verkündet die neue Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft.
- *1. September:*
  Konstituierung des Parlamentarischen Rats in Bonn

1949

- *23. Mai:*
  Verkündung des Grundgesetzes
- *15. September:*
  Der Deutsche Bundestag wählt Konrad Adenauer zum Bundeskanzler.

1950

- *20.-21. Oktober:*
  Erster Bundesparteitag der CDU in Goslar unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit". Adenauer wird 1. Vorsitzender.

1953

- *17. Juni:*
  Volksaufstand in der DDR

1955

- *9. Mai:*
  Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO
- *9.-13. September:*
  Adenauer-Reise nach Moskau, Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen

1957

- *25. März:*
  Unterzeichnung der Römischen Verträge, Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

1961

- *13. August:*
  Bau der Mauer durch das DDR-Regime

1963

- *16. Oktober:*
  Ludwig Erhard wird zum Bundeskanzler gewählt.

1966

- *21.-23. März:*
  Ludwig Erhard wird zum Nachfolger Adenauers im Bundesvorsitz der Partei gewählt.

- *1. Dezember:*
  Kurt Georg Kiesinger wird nach Erhards Rücktritt zum Bundeskanzler gewählt, CDU/CSU und SPD bilden die Große Koalition.

1967

- *22.-23. Mai:*
  Bundeskanzler Kiesinger wird als Nachfolger Ludwig Erhards zum Bundesvorsitzenden gewählt.

1971

- *4.-5. Oktober:*
  Rainer Barzel wird als Nachfolger von Kurt Georg Kiesinger zum CDU-Bundesvorsitzenden gewählt.
- *29. November:*
  Rainer Barzel wird zum Kanzlerkandidaten von CDU und CSU nominiert.

1973

- *12. Juni:*
  Nach dem Rücktritt Rainer Barzels wird Helmut Kohl zum Bundesvorsitzenden gewählt.

1976

- *19. November*
  Die CSU kündigt in Wildbad Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU auf.
- *14. Dezember:*
  Helmut Kohl wird Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

1978

- *23.-25. Oktober:*
  Die Partei beschließt ihr erstes Grundsatzprogramm (Ludwigshafener Programm).

1979

- *2. Juli:*
  Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion entscheidet sich für Franz Josef Strauß als Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1980.

1982

- *1. Oktober:*
  Helmut Kohl wird durch ein konstruktives Misstrauensvotum zum Bundeskanzler gewählt.

1989

- *7. Mai:*
  Kommunalwahlen in der DDR; Bürgerproteste gegen Wahlfälschungen
- *10. September:*
  Vier Mitglieder der Ost-CDU, unter ihnen Pfarrerin Christine Lieberknecht, schicken den „Brief aus Weimar" an die Parteileitung der Ost-CDU. Darin wird die Angepasstheit der Parteispitze an die SED beklagt und die Einlösung grundlegender Freiheitsrechte in der DDR gefordert.
- *11. September:*
  Ungarn öffnet die Grenze für DDR-Flüchtlinge nach Österreich.
- *24. September:*
  Gründung des „Neuen Forums" als Dachorganisation von DDR-Reformgruppen
- *2. Oktober:*
  In Ost-Berlin entsteht die Oppositionsgruppe „Demokratischer Aufbruch" (u.a. mit Angela Merkel).
- *9. Oktober:*
  Größte der bis dahin abgehaltenen Leipziger Montagsdemonstrationen
- *9. November:*
  Öffnung der Mauer und der Grenzübergänge
- *10. November:*
  Der Hauptvorstand der Ost-CDU wählt Lothar de Maizière zum neuen Vorsitzenden.

1990

- *5. Februar:*
  In Anwesenheit von Helmut Kohl verabreden die Parteivorsitzenden de Maizière (CDU), Ebeling (Deutsche Soziale Union) und Schnur (Demokratischer Aufbruch), das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland" zur Volkskammerwahl am 18. März.
- *18. März:*
  Erste freie Wahl zur Volkskammer in der DDR
- *1.-2. Oktober:*
  Die fünf neuen ostdeutschen Landesverbände treten der CDU bei.
- *3. Oktober:*
  Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands
- *2. Dezember:*
  Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl

1991

- *17. Januar:*
  Helmut Kohl zum Bundeskanzler des vereinten Deutschlands gewählt.
- *15. März:*
  Mit dem formalen Abschluss des „Zwei-plus-Vier"-Abkommens ist das vereinte Deutschland auch formal ein souveräner Staat.

1994

- *20.-23. Februar:*
  5. Parteitag der CDU in Hamburg. Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms unter dem Motto „Freiheit in Verantwortung"
- *15. November:*
  Helmut Kohl wird vom Deutschen Bundestag nach der Bundestagswahl am 16.10. erneut zum Bundeskanzler gewählt.

1998

- *7. November:*
  Nach dem Rücktritt von Helmut Kohl wird Wolfgang Schäuble zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

2000

- *9.-11. April:*
  Auf dem Parteitag in Essen wird Angela Merkel zur CDU-Vorsitzenden gewählt.

2002

- *24. September:*
  Nach der Bundestagswahl übernimmt Angela Merkel den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

2005

- *18. September:*
  Vorgezogene Bundestagswahl
- *22. November:*
  Angela Merkel wird mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und Regierungschefin einer Großen Koalition gewählt.

2007

- *3.-4. Dezember:*
  Parteitag in Hannover. Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms „Freiheit und Sicherheit"

2008

- *Juni:*
  Die CDU ist erstmals mitgliederstärkste Partei Deutschlands.
- *1.-2. Dezember:*
  Angela Merkel wird auf dem Parteitag in Stuttgart mit 94,83 % der abgegebenen Stimmen zur Vorsitzenden wiedergewählt. Ihre Stellvertreter sind Roland Koch, Christian Wulff, Jürgen Rüttgers und Annette Schavan.

2009

- *27. September:*
  Bei der Bundestagswahl wird die Union erneut stärkste Fraktion.

- *28. Oktober:*
  Dr. Angela Merkel wird zur Bundeskanzlerin gewählt. Die Bundesregierung aus einer Koalition von CDU/CSU und FDP nimmt ihre Arbeit auf.

2010

- Im Januar veröffentlicht die CDU das Zukunftspapier „Berliner Erklärung", in dem sie sich für eine moderne bürgerliche Politik, für nachhaltiges Wachstum und für Generationengerechtigkeit einsetzt.

- Auf dem 23. Parteitag am 14. – 16. November in Karlsruhe verabschieden die Delegierten u.a. die Beschlüsse zur „Zukunft der Bundeswehr" (Aussetzung der Wehrpflicht) zur „Verantwortung Zukunft" (u.a. Nachhaltiges Wirtschaften und „Bildungsrepublik Deutschland") und zur Präimplantationsdiagnostik.

2011

- Im Jahr der Energiewende, aber auch fortlaufender Konsultationen über die europäische Staatsschuldenkrise findet der 24. Parteitag der CDU Deutschlands am 14. und 15. November 2011 in Leipzig statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Anträge „Starkes Europa - Gute Zukunft für Deutschland" und „Bildungsrepublik Deutschland". Die Energiewende wird in Beschluss C 106 von den Delegierten gebilligt.

2012

- Auf dem 25. Parteitag der CDU Deutschland am 3.-5. Dezember 2012 in Hannover wird der Leitantrag „Starkes Deutschland. Chancen für Alle!" verabschiedet, der u.a. die Kapitel „Wohlstand für alle", „Arbeit für alle" und „Standort Deutschland stärken" enthält.

2013

- CDU und CSU gehen mit dem Papier „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 – 2017" in den Bundestagswahlkampf. Die Botschaft wird so zusammengefasst: „Deutschland soll ein starkes und erfolgreiches Land bleiben, mit stabilem Euro, sicheren und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen – ein Land des Zusammenhalts. Deutschland ist eines der stärksten Länder weltweit. Wer sich in Europa umsieht, weiß: Diese gute Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit."

- Bei der Bundestagswahl am 22. September erreicht die CDU/CSU 41,5 Prozent der Wählerstimmen, bildet mit 311 Sitzen die stärkste Fraktion und verfehlt nur knapp die absolute Mehrheit der Mandate.

<< zurück zum Inhaltsverzeichnis

DIE ORGANISATION DER UNION

1. ORGANISATIONSSTUFEN

Die CDU ist eine Partei, die von unten nach oben aufgebaut ist.

Die 336 *Kreisverbände* sind die kleinste selbstständige organisatorische Einheit der CDU mit Satzung und selbstständiger Kassenführung. Sie entscheiden über die Aufnahme von Mitgliedern und die Wahl von Delegierten zu Landes- und Bundesparteitagen.

Die Kreisverbände gliedern sich in die *Stadt- bzw. Gemeindeverbände* in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Diesen entspricht in den kreisfreien Städten der *Stadtbezirksverband*. Stadt-, Gemeinde- und Stadtbezirksverbände können sich noch weiter in *Ortsverbände* untergliedern. Es gibt ca. 11.489 kommunale Gliederungen der CDU.

Die Kreisverbände werden in den *Landesverbänden* zusammengefasst. Sie sind die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Bedeutung im politischen Alltag spiegelt die föderale Denk- und Handlungsweise der Partei wider. Im Normalfall gibt es pro Bundesland einen Landesverband. 1971 fusionierten die vier Landesverbände Baden-Württembergs, 1986 die Landesverbände Rheinland und Westfalen. In Niedersachsen gibt es weiterhin die drei Landesverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg. Dementsprechend bestehen z.Zt. 17 Landesverbände.

Eine Besonderheit bietet Bayern, wo mit der CSU eine eigenständige Partei existiert.

Die Landesverbände werden wiederum in der *Bundespartei*, der CDU Deutschlands, zusammengefasst.

Auf europäischer Ebene ist die CDU Mitgliedspartei der *Europäischen Volkspartei (EVP)*. Dieser Parteienzusammenschluss wurde 1976 gegründet. Die EVP ist die Grundlage der politischen Willensbildung im Sinne der christlich-demokratischen und konservativen Mitgliedsparteien im Rahmen der Europäischen Union, besonders im Europäischen Parlament, wo sie in der Fraktion der Europäischen Volkspartei ihren politischen Arm hat.

2. DIE ORGANE DER BUNDESPARTEI

Die Organe der Bundespartei sind:

- Bundesparteitag
- Bundesausschuss
- Präsidium und Bundesvorstand

Der *Bundesparteitag* besteht aus 1001 Delegierten der Landesverbände, der Auslandsverbände (z.B. CDU Brüssel) sowie den Ehrenvorsitzenden. 200 Delegiertenplätze richten sich nach dem Abschneiden der CDU bei Wahlen in den jeweiligen Bundesländern, 800 nach der Mitgliederstärke der Landesverbände. Die mitgliederstärksten Landesverbände NRW, Niedersachsen (Braunschweig, Hannover, Oldenburg) und Baden-Württemberg entsenden dementsprechend die meisten Delegierten zum Bundesparteitag.

Der Bundesparteitag hat formal folgende Zuständigkeiten:

- Er beschließt die Grundlinien der Politik der CDU.
- Er beschließt über das Parteiprogramm.
- Er wählt die Mitglieder des Bundesvorstandes, insbesondere die/den Parteivorsitzende(n), die vier Stellvertreter und den Generalsekretär (s.u.).
- Er beschließt über das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung sowie die Geschäftsordnung.

Der *Bundesausschuss* ist das Beschlussorgan der Partei zwischen den Parteitagen. Er ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen der Bundespartei, sofern sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind bzw. für notwendige Interimsentscheidungen, bis der Bundesparteitag wieder zusammenkommt.

Der Bundesausschuss besteht aus Delegierten der Landesverbände, dem Bundesvorstand der CDU, je einem Vertreter der Vereinigungen (s.u.), den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse und dem/der Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Präsidium und *Bundesvorstand* der CDU Deutschlands leiten die Bundespartei und bestimmen die aktuelle Politik der Partei.

Das *Präsidium* setzt sich zusammen aus:

- der/dem Vorsitzenden,
- dem Generalsekretär,
- den fünf Stellvertretenden Vorsitzenden,
- dem Bundesschatzmeister,
- weiteren sieben vom Parteitag gewählten Mitgliedern,
- ggf. dem Ehrenvorsitzenden,
- dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages,
- dem/der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
- ggf. dem Präsidenten des Europäischen Parlaments,
- ggf. dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die CDU-Ministerpräsidenten und der CDU-Bundesgeschäftsführer nehmen beratend an den Sitzungen des Präsidiums teil.

Das Präsidium bereitet die Sitzungen des *Bundesvorstandes* vor, in dem dann die aktuellen politischen Weichenstellungen beschlossen werden.

Der Bundesvorstand besteht aus:

- den Mitgliedern des Präsidiums (auch den beratenden),
- weiteren 26 Mitgliedern, die vom Bundesparteitag gewählt worden sind,
- den Vorsitzenden von Landesverbänden, die keinen Vertreter im Präsidium haben,

- den Vorsitzenden der Bundesvereinigungen sowie des Evangelischen Arbeitskreises in beratender Funktion.

3. DIE VEREINIGUNGEN UND SONDERORGANISATIONEN

Vereinigungen und Sonderorganisationen sollen innerhalb des breiten Spektrums der Volkspartei bestimmte Interessengruppen eigens ansprechen, ihnen ein eigenes Diskussions- und Willensbildungsforum bieten und ihre Interessen organisieren. Hinzu kommt der Wunsch, das Interesse bei Bürgern zu wecken, die zunächst nicht Mitglied der CDU sind und es vielleicht auch nicht werden wollen und so in die Gesellschaft über die Parteimitgliedschaft hinaus zu wirken.

Vereinigungen

Die Union hat im Laufe ihrer Parteigeschichte vor diesem Hintergrund sieben Vereinigungen gebildet, von denen einige zur CDU, andere zur CDU und der CSU gehören:

- Junge Union Deutschlands (JU - für CDU und CSU),
- Frauen-Union der CDU (FU),
- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA),
- Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU (KPV),
- Mittelstands- und Wirtschaftvereinigung der CDU/CSU (MIT),
- Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU/CSU – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge (OMV),
- Senioren-Union der CDU Deutschlands (SU).

Die *Junge Union Deutschlands* wurde 1947 gegründet und ist mit ca. 130.000 Mitgliedern die größte politische Jugendorganisation Europas. Sie möchte Motor der kontinuierlichen Erneuerung in CDU und CSU sein und wendet sich daher an Bürger von 14 bis 35 Jahre. Sie ist auch für Nichtparteimitglieder offen. Viele der heute maßgeblichen CDU-Politiker hatten vorher wichtige Funktionen in der JU.

Die *Frauen-Union* ist der Zusammenschluss der weiblichen Mitglieder der CDU. Die FU wurde 1948 in Frankfurt a.M. gegründet und vertritt seither die politischen Anliegen, die sich aus den spezifischen Lebenszusammenhängen von Frauen ergeben. Ziel ist aber: Frauenfragen als Querschnittsfragen der Politik erkennen zu lassen, nicht als Spezialthema.

Die *Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands* wurde 1945 als Zusammenschluss christlicher Arbeitnehmer gegründet. Die CDA, auch „CDU-Sozialausschüsse" genannt, versteht sich als parlamentarischer Arm der christlich-sozialen Verbände. Darüber hinaus vertritt sie die christlich-soziale Bewegung und die Arbeitnehmer/-innen in der CDU. Dementsprechend stark ist ihr Engagement in Fragen der Wirtschaft- und Sozialpolitik, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, für eine gerechte Verteilung der Lasten und eine bessere Mitarbeiterbeteiligung.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist die Interessenvertretung des Mittelstandes in der CDU, gegründet 1956. Auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft suchen Unternehmer, Handwerker, Freiberufler, Selbständige, Landwirte und leitende Angestellte ihre Vorstellungen in die politische Willensbildung der CDU einzubringen.

Die *Senioren-Union der CDU Deutschlands* ist die jüngste der CDU-Vereinigungen und wurde erst 1988 gegründet. Eine Mitgliedschaft ist ab einem Alter von sechzig Jahren möglich. Zurzeit gibt es ca. 60.000 Mitglieder. Die Senioren-Union vertritt die Interessen der älteren Generation in der CDU und in der Gesellschaft. Erklärtermaßen tritt die Senioren-Union nicht nur dafür ein, Politik für ältere Menschen zu gestalten, sondern auch bei den sich abzeichnenden Problemen des demographischen Wandels für die Gesamtgesellschaft zu Lösungen beizutragen.

Die *Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands* ist der Dachverband der in den Ländern selbständig tätigen KPV-Landesvereinigungen. Die KPV vertritt die Interessen der ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträger in der Union. Ziel ist die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Sie wurde 1946 gegründet.

Die *Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung* repräsentiert die Positionen der Deutschen, die aus Mittel- und Ostdeutschland sowie den deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa stammen. Sie wurde 1969 in Umwandlung des bis dahin bestehenden CDU/CSU-Landesverbandes Oder-Neiße gegründet. Ziel ist die Unterstützung der CDU/CSU in ihrer Arbeit für die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, denen sie auch politische und soziale Unterstützung gibt. Außerdem engagiert sich die OMV für die in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen.

Sonderorganisationen

Im Umfeld der CDU sind noch weitere Organisationen angesiedelt. Die bekanntesten sind:

- Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK),
- Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS),
- Schüler-Union (SU Deutschlands).

Der *Evangelische Arbeitskreis* wurde 1952 u.a. von Hermann Ehlers als ein offenes Gesprächsforum gegründet, dem die evangelischen Christen in der CDU und CSU angehören. Er entstand aus dem Interesse evangelischer Christen, in der ursprünglich eher katholisch geprägten Union eine eigene Stimme zu bekommen. Dementsprechend besteht die Arbeit des EAK vor allem darin, das „C" in der Union im Sinne der evangelischen Sozialethik zu diskutieren und lebendig zu erhalten und den Kontakt zu den evangelischen Kirchen in Deutschland zu pflegen.

Der *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* ist die größte Studentenorganisation Deutschlands und wurde 1951 als ein Zusammenschluss christlich-demokratischer Hochschulgruppen gegründet. Seine Basis stellen die mehr als 100 RCDS-Gruppen an den Hochschulstandorten dar, die wiederum in der Bundesorganisation vertreten sind. Der RCDS setzt sich vor allem für eine bessere Bildungspolitik ein. Mit seinem Bildungs- und Sozialwerk stellt der RCDS ein umfangreiches Serviceangebot bereit, das vom Studienplatztausch bis zur Sozialberatung geht.

Die *Schüler-Union* wurde 1972 gegründet und ist mit über 10.000 Mitgliedern die größte Schülerorganisation in Europa. Sie setzt sich für eine bessere Schul- und Bildungspolitik ein.

Weitere Organisationen im Umfeld der CDU sind:

- *Christdemokraten für das Leben* sind die Lebensschutzorganisation der CDU. Sie ist 1985 von CDU-Mitgliedern gegründet worden und setzt sich für einen besseren Schutz des ungeborenen Lebens, für eine wertgebundene Politik in bioethischen Fragen und gegen Sterbehilfe ein.
- *Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen*. In ihm sind die Rechtspolitiker der Union zusammengeschlossen.

- Das *Deutsch-Türkische Forum* stellt eine Plattform innerhalb der CDU für eine bessere Integrationspolitik und eine Beteiligung der türkischstämmigen Bevölkerung an der Politik dar.
- Den *Lesben und Schwulen in der CDU* geht es um Diskriminierungsfragen und Gleichstellung.
- *Wirtschaftsrat Deutschland*. Er vertritt die Interessen von Unternehmern und Selbständigen auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft.

<< zurück zum Inhaltsverzeichnis

ANHANG

AUS DER REDE KONRAD ADENAUERS VOM 24. MÄRZ 1946

Nach der dem Programm der CDU zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat.

An ihrer Würde, Freiheit und Selbstständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze als ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür, sie verpflichtet jeden beim Gebrauche seiner Freiheit, immer eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt.

Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich.

Es ergeben sich aus unserer Grundeinstellung folgende Sätze für das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat: der Staat besitzt kein schrankenloses Recht, seine Macht findet ihre Grenze an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten. Gleiches Recht, Rechtssicherheit und Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für das Volk; Recht der Frau auf freie Betätigung im beruflichen und öffentlichen Leben.

Ich glaube, dass aus meinen bisherigen Ausführungen hervorgeht, warum wir uns *christlich demokratisch* nennen. Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.

Wir nennen uns *Union*, weil wir alle diejenigen, die auf diesem Boden stehen, zu politischer Arbeit zusammenführen wollen, gleichgültig welchem Bekenntnis sie angehören.

Adenauer, Konrad: Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Herausgegeben von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart, 1975.

Kölner Leitsätze

Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlichen Demokraten Deutschlands.

Vorgelegt von den Christlichen Demokraten Kölns im Juni 1945.

Ein Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes.

Der Nationalsozialismus hat Deutschland in ein Unglück gestürzt, das in seiner langen Geschichte ohne Beispiel ist.

Er bedeckte den deutschen Namen vor aller Welt mit Schmach und Schande.

Nie wäre dies alles über uns gekommen, wenn nicht weite Kreise unseres Volkes von einem habgierigen Materialismus sich hätten leiten lassen.

So erlagen allzuviel der nationalsozialistischen Demagogie, die jedem Deutschen ein Paradies auf Erden versprach.

Ohne eigenen sittlichen Halt verfielen sie dem Rassenhochmut und einem nationalistischen Machtrausch.

Mit dem Größenwahnsinn des Nationalsozialismus verband sich die ehrgeizige Herrschsucht des Militarismus und der großkapitalistischen Rüstungsmagnaten.

Am Ende stand der Krieg, der uns alle ins Verderben stürzte.

Was uns in dieser Stunde der Not allein noch retten kann, ist eine ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Lebenswerte, die einst das deutsche Volk beherrschten und es groß und angesehen machten unter den Völkern Europas.

Darum fort mit Diktatur und Tyrannei, Herrenmenschentum und Militarismus!

Ein freies Volk soll wiedererstehen, dessen Grundgesetz die Achtung menschlicher Würde ist.

Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.

Unsere Jugend soll wieder lernen, das nicht Macht, sondern Geist die Ehre Deutschlands vor der Welt ausmacht.

Darum sollen auch die geistig Schaffenden die Achtung wieder genießen, die ihrem schöpferischen Können gebührt.

Wahrheit, Ehrlichkeit und Treue zum gegebenen Wort soll unser öffentliches Leben leiten.

Lüge, Verstellung und Heuchelei, diese Pest des Hitlerismus, sollen niemals wiederkehren.

Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die gottgebene Freiheit des einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohls zu verbinden weiß.

So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund aus widersprechen.

Unser fester Wille aber ist es, eine soziale Ordnung aufzurichten, die der demokratischen Überlieferung der deutschen Vergangenheit ebenso entspricht wie der Weite und dem Geiste des christlichen Naturrechtes.

Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft.

Zu Beginn des schweren Werkes gedenken wir der Toten auf den Schlachtfeldern des Krieges und unter den Ruinen unserer Städte und Dörfer.

In Ehrfurcht neigen wir uns vor den Blutzeugen des christlichen Glaubens und der bürgerlichen Freiheit, die dem Nationalsozialismus zum Opfer fielen.

Im Geiste dieser Toten sind wir fest entschlossen, dem deutschen Volke im Rahmen des Reiches mit all unseren Kräften zu dienen.

Darum haben wir

Christliche Demokraten Deutschlands

uns zusammengefunden und folgende Leitsätze für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes beschlossen.

1. Die geistige Würde des Menschen wird anerkannt. Der Mensch wird gewertet als selbstverantwortliche Person, nicht als blosser Teil der Gemeinschaft.
2. Die Familie ist die Grundlage der sozialen Lebensordnung. Ihr Lebensraum ist heilig. Von Natur aus hat sie ihre eigenen Rechte, die unter dem besonderen Schutz des Staates stehen.
3. Die Gerechtigkeit ist das Fundament des Staates. Der Rechtsstaat wird wieder hergestellt. Die Gerichtsbarkeit ist unabhängig und frei. Ihr einziger Leitstern ist das Gesetz, vor dem alle gleich sind.
4. Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift im Rahmen der bestehenden Gesetze frei zu äußern. Die Vereins- und Versammlungsfreiheit wird gewährleistet.

5. Alle religiösen Bekenntnisse sind frei in ihrer öffentlichen Bestätigung.
6. Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder ist die Grundlage der Schule. Diese gewährleistet die Bekenntnisschule für alle vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften wie auch die christliche Gemeinschaftschule mit konfessionellem Religionsunterricht als ordentlichem Lehrfach.
7. Das kulturelle Schaffen muß frei vom staatlichen Zwang sein. Seine Grundlage ist die deutsche christliche und abendländische Überlieferung. Jede Art von Rassenkult wird ausgeschaltet.
8. Der Zentralismus wird als undeutsch abgelehnt. Deutschland gliedert sich in selbstständige freie Länder. Ihr Zusammenschluss erfolgt in der Form des freien republikanischen Bundes.
9. Die überlieferte deutsche Selbstverwaltung der Gemeinden und provinzialen Verbände wird wieder hergestellt. Die Staatsverwaltung ist zu vereinfachen.
10. Das Recht auf Eigentum wird gewährleistet. Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohles geordnet. Durch gerechten Güterausgleich und soziale Lohngestaltung soll es dem Nichtbesitzenden ermöglicht werden, zu Eigentum zu kommen. Das Gemeineigentum darf soweit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post und Eisenbahn, Kohlenbergbau und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.
11. Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen. Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit werden erhalten. Mittel- und Kleinbetriebe werden gefördert und vermehrt.
12. Die menschliche Arbeit wird gewertet als sittliche Leistung nicht aber als blosse Ware. Im Zuge einer großangelegten Arbeitsbeschaffung ist die Beteiligung aller Arbeitswilligen am Aufbau des deutschen Lebensraumes zu ermöglichen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden tariflich geregelt. Der erwachsene arbeitende Mensch hat Anspruch auf einen Lohn, der ihm die Gründung und Erhaltung einer Familie ermöglicht. Die Leistungen der Sozialversicherung bleiben erhalten. Der Aufbau der Gewerkschaften und der sonstigen Berufsvertretungen ist zu sichern.
13. Ein kräftiger Bauernstand ist das Fundament eines gesunden Volkslebens. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Erzeugung zu heben und die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Durch eine großzügige Innensiedlung ist die Zahl der selbstständigen Bauernhöfe und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu vermehren.

257 2000 845

14. Das Handwerk ist ein selbstständiger und gleichberechtigter Berufsstand neben Industrie, Landwirtschaft und Handel. Das handwerkliche Genossenschaftswesen wird gefördert. Die handwerkliche Selbstverwaltung bleibt erhalten.
15. Die nach der Katastrophe des Hitlerregimes in besonderem Ausmaß wachsenden Lasten sind nach sozialen Gesichtspunkten gerecht zu verteilen. Die Kriegsschäden sind als gemeinsame Last auf das ganze Volk umzulegen. Ihre Regulierung darf nur nach Maßgabe des Vermögens und des Einkommens des einzelnen erfolgen. Die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen sind von der Entschädigung auszuschließen. Die Gewinne der nationalsozialistischer Konjunkturzeit und die Kriegsgewinne sind durch besondere Steuer zu erfassen.
16. Die zerstörten Städte und Dörfer werden wieder aufgebaut. Der vorhandene Wohnraum wird bewirtschaftet. Durch ein großzügiges Bauprogramm wird neuer Wohnraum geschaffen. Die Großstädte werden durch Anlage gesunder Außensiedlungen aufgelockert. Das Eigenheim wird gefördert. Unzulängliche Behelfsheime sind zu vermeiden.
17. Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie. Ein Mißbrauch der Demokratie, vor allem zu nichtdemokratischen Zwecken, wird nicht geduldet. Der Staat schützt sich und seine Einrichtungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.
18. Das Parlament ist auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen.
19. Das öffentliche Leben und die gesamte Wirtschaft sind von unzuverlässigen Elementen zu säubern. Ein zuverlässiges und staatstreues Berufsbeamtentum wird wiederhergestellt.
20. Die Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die Achtung fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge. Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.

Deutsche Männer und Frauen!

Das sind die Leitsätze der

Christlichen Demokraten Deutschlands!

Sammelt euch um sie!

Helft mit ein neues und schöneres Deutschland aufzubauen auf dem unerschütterlichen Fundament des Christentums und der abendländischen Kultur.

Köln, im Juni 1945.

Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Deutsches Volk!

In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Partei

Christlich-Demokratische Union Deutschlands

aus heißer Liebe zum deutschen Volk die **christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung,** zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat. Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteurers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.

Unsagbar schwer ist unsere Aufgabe. Nach 1918 rettete die politische Führung Organe des staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens aus dem militärischen Zusammenbruch. Unzerstörte Städte und Dörfer, Fabriken, Werkstätten, Felder und Wälder blieben als Grundlage für einen allmählichen Aufstieg des Volkes erhalten.

Heute aber stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem

Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.

Dieses Mal trieb ein gewissenloser Diktator mit seinem Anhang einen frivol entfesselten Krieg bis zu letztem Ausbluten unseres Volkes. Hitler ließ das Land in Schutt und Verödung zurück. Mit verlogenen nationalen Phrasen und hohlen Friedensbeteuerungen hat er das eigene Volk und andere Völker getäuscht und den Idealismus unserer Jugend schändlich mißbraucht. So mußte diese Jugend, die im guten Glauben für ihr Vaterland kämpfte, das Opfer einer wahnwitzigen Führung werden. Groß ist die Schuld weiter Kreise unseres Volkes, die sich nur allzu bereitwillig zu Handlangern und Steigbügelhaltern für Hitler erniedrigten. Jede Schuld verlangt Sühne. Mit den Schuldbeladenen leidet auch die große Zahl der Deutschen, die ihren Schild reinhielten. Sie vermochten sich gegen Gewalt und Terror nicht durchzusetzen. **Kämpfer echter demokratischer Gesinnung,** evangelische und katholische Christen, zahllose jüdische Mitbürger, Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes litten und starben unter diesem Terror. Im Geiste ihres Vermächtnisses, geeint durch die gleiche Liebe zu unserem Volke erkennen wir unsere Pflicht, mit diesem Volke den Weg der Sühne

den Weg der Wiedergeburt

zu gehen.

Das furchtbare Ausmaß von Unrecht, das die Hitlerzeit gebracht hat, verpflichtet, die Schuldigen und ihre Helfershelfer unnachsichtig, in strenger Gerechtigkeit, jedoch ohne Rachsucht, zur Rechenschaft zu ziehen. An die Stelle des Zerrbildes einer staatlichen Gemeinschaft in der Hitlerzeit soll jetzt **der wahrhaft demokratische Staat** treten, der auf der Pflicht des Volkes zu Treue, Opfer und Dienst am Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung vor dem Recht der Persönlichkeit, ihrer Ehre, Freiheit und Menschenwürde.

Das Recht muß wieder die Grundlage des ganzen öffentlichen Lebens werden. An Stelle der Lüge: „Recht ist, was dem Volke nutzt", muß die ewige Wahrheit treten: **„Dem Volke nutzt nur, was Recht ist".** Die Unabhängigkeit und der geordnete Gang der Rechtspflege sind wieder herzustellen. Der Ruf nach gerechten Richtern geht wie ein einziger Schrei durch das ganze deutsche Volk. Jede Willkür ist auszuschließen. Eine Gestapo mit ihrem Terror darf es nicht wieder geben. Das öffentliche Leben muß in strenger Sparsamkeit weitgehend auf Selbstverwaltung, freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit aufgebaut werden. Die Volksvertretung soll die **brüderliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden Parteien** und aller aufbauwilligen Kräfte verwirklichen.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich **frei hält von Lüge,** Massenwahn und Massenverhetzung und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Wir verlangen **geistige und religiöse Gewissensfreiheit,** Unabhängigkeit aller kirchlichen Gemeinschaften und eine klare Scheidung der kirchlichen und staatlichen Aufgaben.

Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder muß gewahrt werden, die Jugend in Ehrfurcht vor Gott, vor Alter und Erfahrung erzogen werden. Der von der Kirche geleitete Religionsunterricht ist Bestandteil der Erziehung. Durch die verderblichen Lehren des Rassenhasses und der Völkerverhetzung hat Hitler weite Teile der Jugend vergiftet. Sie muß wieder zur Erkenntnis wahrer sittlicher Werte geführt werden. Wissenschaft und Kunst sollen sich frei entfalten und die **Lehren echter Humanität,** deren deutsche Künder der ganzen Menschheit gehören, sollen den sittlichen Wiederaufbau unseres Volkes tragen helfen.

Das unermeßliche Elend in unserem Volke zwingt uns, den Aufbau unseres Wirtschaftslebens die Sicherung von Arbeit und Nahrung, Kleidung und Wohnung ohne jede Rücksicht auf persönliche Interessen und wirtschaftliche Theorien in straffer Planung durchzuführen. Das

Notprogramm für Brot, Obdach und Arbeit

geht allem voran. Dabei ist es unerläßlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die **Bodenschätze in Staatsbesitz** übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.

Wir bejahen das **Privateigentum,** das die Entfaltung der Persönlichkeit sichert, aber an die Verantwortung für die Allgemeinheit gebunden bleibt.

Industrie, Handel und Gewerbe sind zu entscheidender Mitarbeit am Wiederaufbau berufen und deshalb planmäßig zu fördern. Wir fordern vollen Schutz und Ausbaumöglichkeit für das **selbständige Handwerk,** das nach Zerstörung vieler industrieller Unternehmungen vor einer neuen, großen Aufgabe steht.

Eine umfassende **ländliche und gärtnerische Siedlung** muß unter weitgehender Heranziehung des Großgrundbesitzes einer möglichst großen Zahl von Deutschen den Zugang zu eigener Scholle und zu selbständiger Arbeit eröffnen. Die wirtschaftliche Sicherung eines freischaffenden Bauerntums und die Ansiedlung der Landarbeiter sind ein unerläßlicher Bestandteil jeder dauerhaften Aufbaupolitik und verlangen den stärksten Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens.

Den christlichen und demokratischen Lebensgesetzen in Staat und Gesellschaft entspricht der freie Zusammenschluß aller Schaffenden. **Wir begrüßen daher die einheitliche Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten** zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Wir erkennen die Kraft an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmt.

Wir sind uns der Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen, für die Kriegsopfer, die Opfer des Hitlerterrors und für die Versorgungsberechtigten bewußt.

Eine charitative Arbeit muß sich ungehindert entfalten können. Wir sagen den **Müttern und berufstätigen Frauen,** daß alles geschehen wird, um das stille Heldentum ihres immer schwerer gewordenen Alltags schnell zu erleichtern. Für

die Beziehungen zu anderen Völkern

wünschen wir die Geltung der gleichen Grundsätze der **Freiheit und Gerechtigkeit** wie für unser persönliches und innerstaatliches Leben. Loyale Erfüllung unserer Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg und die äußerste Anspannung innerer Wiedergesundung sollen die Grundlagen für die Anbahnung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern geben. Wir hoffen dabei auf das Verständnis der Besatzungsmächte für die grenzenlose Notlage des deutschen Volkes und auf ihre sachliche Hilfe, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Erschüttert stehen wir an den frischen Gräbern unserer Toten. Wir vergessen **unsere Kriegsgefangenen** nicht. Auf den Trümmern unserer Häuser, unserer Dörfer und Städte gedenken wir in menschlicher und christlicher Verbundenheit der gleichen Opfer der Völker um uns. Und wir geloben, alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.

Deutsche Männer und Frauen!

Wir rufen euch auf, alles Trennende zurücktreten zu lassen. Folgt unserem

Ruf zu einer großen Partei

die mit den anderen Parteien der neuen Demokratie gemeinsam am Aufbau Deutschlands arbeiten will.

Wir rufen die Jugend, die durch den Krieg und Zusammenbruch schwer getroffen, vor allem zur Gestaltung der Zukunft mitverpflichtet ist.

Wir rufen die Frauen und Mütter, deren leidgeprüfte Kraft für die Rettung unseres Volkes nicht entbehrt werden kann.

Wir rufen alle, die sich zu uns und unserem Aufbauwillen bekennen. Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen.

Berlin, den 26. Juni 1945.

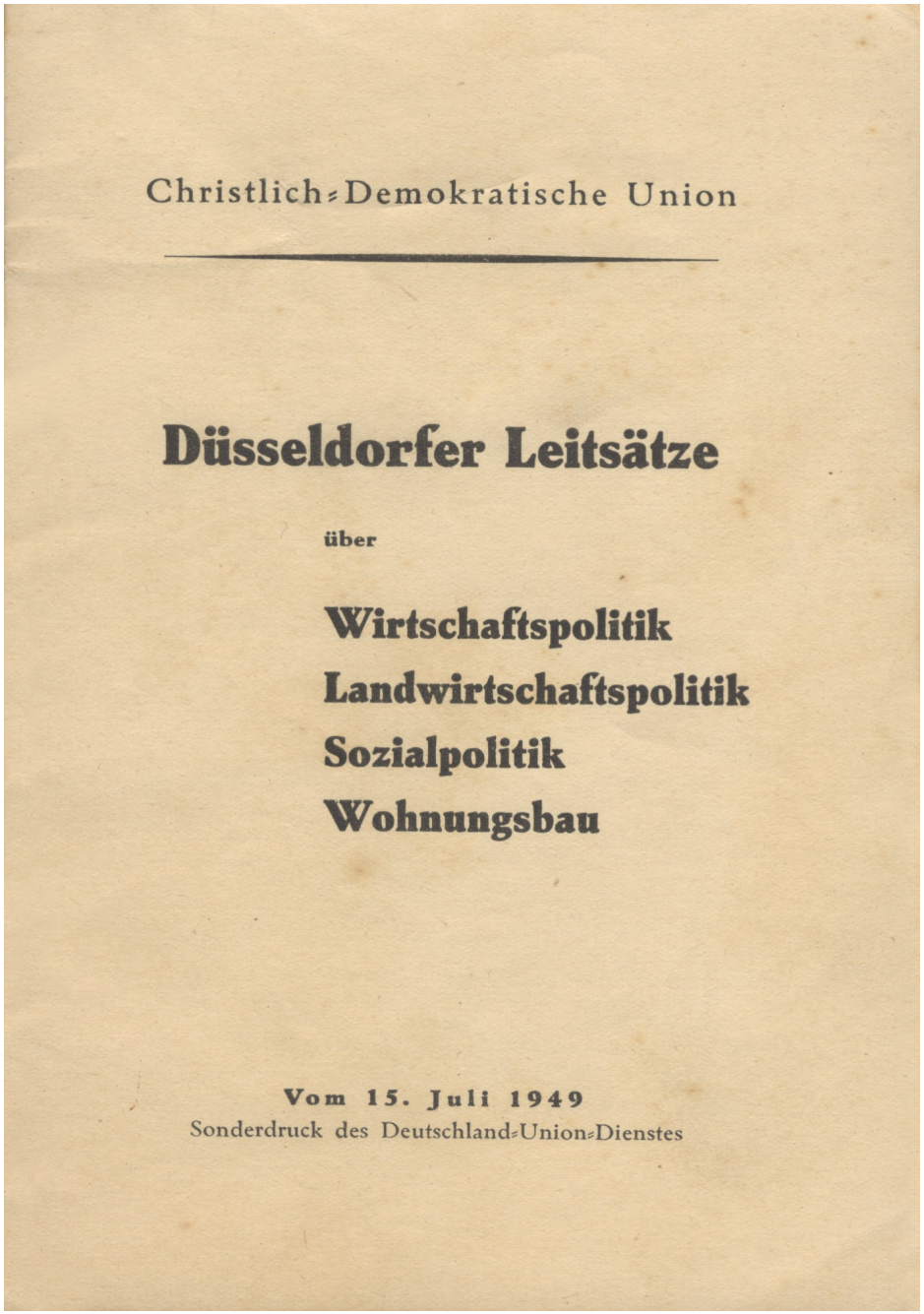
Andreas Hermes

Heinrich F. Albert	**Wilhelm Happ**	**Elfriede Nebgen**
Hans von Arnim	**Peter Hensen**	**Otto Nuschke**
Eduard Bernoth	**Artur Herzog**	**Rudolf Pechel**
Theodor Bohner	**Ernst Hülse**	**Eberhard Plewe**
Emil Dovifat	**Paulus van Husen**	**Ferdinand Sauerbruch**
Margarete Ehlert	**Jakob Kaiser**	**Walter Schreiber**
Josef Ersing	**Heinrich Krone**	**Martin Schwab**
Johann Eudenbach	**Ernst Lemmer**	**Hildegard Staehle**
Ferdinand Friedensburg	**Otto Lenz**	**Theodor Steltzer**
Willy Fuchs	**Hans Lukaschek**	**Heinrich Vockel**
Otto-Heinrich von der Gablentz	**Reinhard Moeller**	**Graf York von Wartenburg**
	Katharina Müller	

Sitz der Reichsgeschäftsstelle der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands":
Berlin W 8, Jägerstr. 59-60.

Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Ahlener Programm, verabschiedet am 3. Februar 1947 vom Zonenausschuss der CDU der britischen Besatzungszone
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung



Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

FREIHEIT SOLIDARITÄT GERECHTIGKEIT

Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

CDU

Grundsatzprogramm Ludwigshafen 1978
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

FREIHEIT IN VERANTWORTUNG

CDU

DAS GRUNDSATZPROGRAMM

Grundsatzprogramm Hamburg 1994
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Grundsatzprogramm Hannover 2007
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

CDU-Plakat zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. Juni 1946
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1949
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1957
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1957
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1965
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1969
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1983
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 1994
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 2005
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 2009
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wahlplakat zur Bundestagswahl 2013
Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung

BUNDESPRÄSIDENTEN

- (1949-1959: Theodor Heuss, FDP)
- 1959-1969: Heinrich Lübke
- (1969-1974: Gustav Heinemann, SPD)
- (1974-1979: Walter Scheel, FDP)
- 1979-1984: Karl Carstens
- 1984-1994: Richard von Weizsäcker
- 1994-1999: Roman Herzog
- (1999-2004: Johannes Rau, SPD)
- 2004–2010: Horst Köhler
- 2010-2012: Christian Wulff
- (seit 2012: Joachim Gauck, parteilos)

BUNDESKANZLER DER CDU

- 1949-1963: Konrad Adenauer
- 1963-1966: Ludwig Erhard
- 1966-1969: Kurt Georg Kiesinger
- (1969-1974: Willy Brandt, SPD)
- (1974-1982: Helmut Schmidt, SPD)
- 1982-1998: Helmut Kohl
- (1998-2005: Gerhard Schröder, SPD)
- seit 2005: Angela Merkel

BUNDESTAGSPRÄSIDENTEN DER CDU/CSU

- 1949-1950: Erich Köhler
- 1950-1954: Hermann Ehlers
- 1954-1969: Eugen Gerstenmaier
- 1969-1972: Kai-Uwe von Hassel
- (1972-1976: Annemarie Renger, SPD)
- 1976-1979: Karl Carstens
- 1979-1983: Richard Stücklen
- 1983-1984: Rainer Barzel
- 1984-1988: Philipp Jenninger
- 1988-1998: Rita Süssmuth
- (1998-2005: Wolfgang Thierse, SPD)
- seit 2005: Norbert Lammert

PARTEIVORSITZENDE DER CDU

- 1950-1966: Konrad Adenauer
- 1966-1967: Ludwig Erhard
- 1967-1971: Kurt Georg Kiesinger
- 1971-1973: Rainer Barzel
- 1973-1998: Helmut Kohl
- 1998-2000: Wolfgang Schäuble
- seit 2000: Angela Merkel

GENERALSEKRETÄRE DER CDU

- 1967-1971: Bruno Heck
- 1971-1973: Konrad Kraske
- 1973-1977: Kurt Biedenkopf
- 1977-1989: Heiner Geißler
- 1989-1992: Volker Rühe
- 1992-1998: Peter Hintze
- 1998-2000: Angela Merkel
- April-November 2000: Ruprecht Polenz
- 2000-2004: Laurenz Meyer
- 2004-2005: Volker Kauder
- 2005-2009: Ronald Pofalla
- seit 2009: Hermann Gröhe

VORSITZENDE DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

- 1949: Konrad Adenauer
- 1949-1955: Heinrich von Brentano
- 1955-1961: Heinrich Krone
- 1961-1964: Heinrich von Brentano
- 1964-1973: Rainer Barzel
- 1973-1976: Karl Carstens
- 1976-1982: Helmut Kohl
- 1982-1991: Alfred Dregger
- 1991-2000: Wolfgang Schäuble
- 2000-2002: Friedrich Merz
- 2002-2005: Angela Merkel
- seit 2005: Volker Kauder

<< zurück zum Inhaltsverzeichnis

LITERATUR ZUR CDU

GRUNDSATZPROGRAMME DER CDU

- *CDU Deutschlands, Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Freiheit – Solidarität – Gerechtigkeit [Ludwigshafener Programm], Bonn 1978*
- *CDU Deutschlands, Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands [Hamburger Programm], Bonn 1994*
- *CDU Deutschlands, Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland [Hannoveraner Programm], Berlin 2008*

ZUR PROGRAMMATIK DER CDU

- *Vogel, Bernhard (Hrsg.), Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe, Sankt Augustin 2006*
- *Borchard, Michael (Hrsg.), Im Zentrum: Der Mensch, mit Beiträgen von Christoph Böhr, Jörg-Dieter Gauger, Alois Glück, Karl Lamers, Hans Maier, Albrecht Martin und Bernhard Vogel, Sankt Augustin 2006*
- *Gauger, Jörg-Dieter / Küsters, Hanns Jürgen / Uertz, Rudolf (Hrsg.), Das Christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatik der CDU, Freiburg/Basel/Wien 2013*
- *Habisch, André / Küsters, Hanns Jürgen / Uertz, Rudolf, Tradition und Erneuerung der Christlichen Sozialethik in Zeiten der Modernisierung, Freiburg/Basel/Wien 2012*
- *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel und Rudolf Morsey, Paderborn 2002*
- *Pöttering, Hans-Gert (Hrsg.), Damit ihr Hoffnung habt. Politik im Zeichen des „C". Sankt Augustin 2010.*
- *Politische Meinung, Nr. 437/April 2006, Themenheft „Grundsatzprogramme auf dem Prüfstand"*
- *Politische Meinung, Nr. 449/April 2007, Themenheft „Die Zukunft der christlichen Demokratie in Deutschland"*
- *Politische Meinung, Nr. 456/November 2007, Themenheft „CDU-Grundsatzprogramm"*
- *CIVIS mit Sonde, 2/2006, Themenheft „CDU-Grundsatzprogramm"*
- *Christliche Demokratie: Grundsätze und Politikgestaltung, Handbuch für die Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2010*
- *Zehetmair, Hans, Politik aus christlicher Verantwortung – Anspruch und Wirklichkeit christlicher Politik, Wiesbaden 2007*

ZUR GESCHICHTE DER CDU

- *Adenauer, Konrad, Reden 1917-1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975*
- *Die Ära Kohl 1982-1998. Eine Internet-Dokumentation des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. Sankt Augustin 2001 (http://www.helmut-kohl.de)*
- *Baus, Ralf Thomas, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945-1948. Gründung – Programm – Politik, Düsseldorf 2001*

- *Baus, Ralf Thomas, Zur Zukunft der Volksparteien – Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung, Sankt Augustin / Berlin 2009*
- *Bösch, Frank, Die Adenauer-CDU. Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969, München 2001*
- *Buchstab, Günter / Kaff, Brigitte / Kleinmann, Hans-Otto, Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Herder Verlag, Freiburg i. Br. 2004*
- *Buchstab, Günter / Kleinmann, Hans-Ottom In Verantwortung vor Gott und den Menschen – Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49, Freiburg 2008*
- *Buchstab, Günter (Hrsg.), Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU, Herder Verlag, Freiburg i. Br. 2005*
- *Buchstab, Günter (Hrsg.), 60 Jahre CDU. Verantwortung für Deutschland und Europa, Sankt Augustin 2005*
- *Hirscher, Gerhard, Der Weg zur bürgerlichen Mehrheit. Die Unionsparteien und die Wahlen von 2005 bis zur Bundestagswahl 2009 (Berichte und Studien 90). München 2010*
- *Kleinmann, Hans-Otto, Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1993*
- *Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995*
- *Kohl, Helmut, Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973 – 1993, hrsg. v. Peter Hintze und Gerd Langguth, Stuttgart 1993*
- *Kohl, Helmut, Erinnerungen 1930-1982, München 2004*
- *Kohl, Helmut, Erinnerungen 1982-1990, München 2005*
- *Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990-1994, München 2007*

- *Jansen, Thomas, Die Europäische Volkspartei – Entstehung und Entwicklung, Brüssel 2006*
- *Langguth, Gerd (Hrsg.), In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU, Köln 1996*
- *Lau, Mariam, Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU, München 2009*
- *Neu, Viola: Die Mitglieder der CDU, Sankt Augustin 2007*
- *Resing, Volker, Die Kanzlermaschine: Wie die CDU funktioniert, Freiburg/Basel/Wien 2013*
- *Richter, Michael, Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990*
- *Schönbohm, Wulf, Die Geschichte der CDU. Programm und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seit 1945, Bonn 1980*
- *Schwarz, Hans-Peter, Adenauer.*
  - *Der Aufstieg. 1876-1952, Stuttgart 1986.*
  - *Der Staatsmann. 1952-1967, Stuttgart 1991*
- *Schwarz, Hans-Peter, Anmerkungen zu Adenauer, München 2004*
- *Schwarz, Hans-Peter, Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012*
- *Stützle, Peter, Auf den Spuren der CDU. Parteigeschichte aus der Sicht von Zeitzeugen, Bonn 1995*
- *Zolleis, Udo, Die CDU- Das Politische Leitbild im Wandel der Zeit, Wiesbaden 2008*
- *Zolleis, Udo, Die CDU. Eine Einführung, Wiesbaden 2013*

PORTALE UND QUELLEN IM INTERNET

Unter *http://www.cdu-geschichte.de* finden Sie Informationen zur Geschichte der CDU insgesamt.

Unter *http://www.konrad-adenauer.de* finden Sie Informationen und weitere Quellen zum Leben und Wirken unseres ersten Bundeskanzlers.

Unter *http://www.helmut-kohl.de* finden Sie Informationen und weitere Quellen zum Leben und Wirken des Kanzlers der Deutschen Einheit.

Die Texte der Programme der CDU und weitere Materialien zum Thema finden sich unter *http://www.kas.de/wf/de/21.64/*

Allgemeine und aktuelle Informationen, Literatur- und Veranstaltungshinweise zur Geschichte der Union finden sich im Internet unter: *http://www.kas.de/archiv*

Der Blog #ZukunftVolkspartei (*www.zukunftvolkspartei.de*) bietet laufend aktuelle Beiträge zur Thematik.

DIE AUTOREN

Dr. J. Christian Koecke, in der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. verantwortlich für die Fachbereiche Christliche Demokratie, Politische Grundsatzfragen und Transatlantische Beziehungen

Michael Sieben, M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Politischen Kommunikation der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

<< zurück zum Inhaltsverzeichnis

PUBLIKATIONSREIHE
„HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG"

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung" sind bisher erschienen:

- ***Band 1:***
  J. Christian Koecke, Michael Sieben:
  Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen, Geschichte, Organisation
  3., überarbeitete und erweiterte Auflage
  Wesseling, Januar 2014
  ISBN 978-3-95721-012-8

- ***Band 2:***
  Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Kommunen
  Wesseling, April 2010
  ISBN 978-3-941904-18-7

- ***Band 3:***
  Klaus-Jürgen Engelien: Die energiepolitische Zukunft der Europäischen Union.
  Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
  Wesseling, April 2010

- ***Band 4:***
  Andreas Kalina: erfolgreich.politisch.bilden.
  Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland
  2., überarbeitete und erweiterte Auflage
  Wesseling, Januar 2014
  ISBN 978-3-95721-013-5

- ***Band 5:***
  Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
  Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
  Wesseling / Hannover, März 2011
  ISBN 978-3-941904-96-5

- ***Band 6:***
  Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
  DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung
  3., überarbeitete Auflage
  Wesseling / Potsdam, Januar 2014
  ISBN 978-3-95721-005-0

- ***Band 7:***
  Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
  Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen
  2., überarbeitete Auflage
  Wesseling / Hannover, Mai 2011
  ISBN 978-3-942775-16-8

- ***Band 8:***
  Klaus-Jürgen Engelien:
  „Cicero" – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele zur Staatsschuldenkrise in der EU
  Wesseling, April 2012
  ISBN 978-3-942775-81-6

- ***Band 9:***
  Annette Wilbert:
  Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis
  Wesseling, Januar 2013
  ISBN 978-3-944015-30-9

- ***Band 10:***
  Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
  Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege.
  Eine Diskussionsschrift
  2., unveränderte Auflage
  Sankt Augustin / Berlin, März 2013
  ISBN 978-3-944015-36-1

- ***Band 11:***
  Jana Kulhay:
  Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum und ihre Mediennutzung
  Sankt Augustin / Berlin, Januar 2013
  ISBN 978-3-944015-33-0

- ***Band 12:***
  Andreas Jungherr, Harald Schoen:
  Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und Kampagnenfunktionen
  (Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS, Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)
  Sankt Augustin / Berlin, Juni 2013
  ISBN 978-3-658-01012-6

- ***Band 13:***
  David Jonathan Grunwald:
  Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen Erwachsenenbildung
  Wesseling / Berlin, Januar 2014
  ISBN 978-3-95721-008-1

- ***Band 14:***
  Maja Eib, Daniel Braun:
  Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum am Beispiel Thüringens
  Wesseling / Erfurt, Januar 2014
  ISBN 978-3-95721-014-2

FOLGENDE PUBLIKATIONEN IN DER REIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG" SIND FÜR 2014 GEPLANT:

- *Strategische Steuerungsinstrumente für Politik und Verwaltung*
- *Umgang mit Social Media*
- *Energiewende vor Ort*
- *Auftrag Demokratie – Geschichte der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Teil I: 1957-1997*